

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Volk. Reichsausgabe. 1930-1933 1931

18 (2.5.1931)

DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

ORGAN DER ARBEITER- UND BAUERNPARTEI.
Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatl. für Deutsch-
land 0,50 RM., f. d. Saargebiet Fr. 4,50, f. Österreich 5. 1,40
ausschließlich Zustellgebühr. Postverlagsort: WÜRZBURG

Reichsausgabe

Herausgeber und Gesamtverantwortlich: Vitus Heller,
Würzburg. Geschäftsstelle: Würzburg, Lärthaus 11a, Fern-
ruf Nr. 6015. Postcheckkonten: Verlag 13339 Nürnberg.
Partei-Kasse 33038 Nürnberg. Druck: Werkbund Würzburg.

Nr. 18 / 12. JAHRGANG

SAMSTAG / 2. MAI 1931

EINZELNUMMER 20 PFG.

Das Ende des Brüningssystems oder höchstgesteigerte Ausbeutung?

Milliardendefizit - Lohnabbau und Preisaufschlag - Gehaltsabbau - Zwangsanleihe - Ein toller Plan mit Raub der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitszwang - Hitler bei der Partei!

Mit ungeheurer Tantieme hat die Zentrums- und Regierungspresse seit Beginn der Regierung Brüning, dessen Regierung als die starke Regierung gefeiert, die die „Sanierung“ und Rettung bringen sollte. Die Regierung Brüning, getragen von der Zentrums- und Bauernpartei in erster Linie, hat sich durch Art. 48 freie Hand verschafft und die Diktatur ausgeübt. Das Parlament, das immer im Wege gestanden haben soll, ist von ihr tatsächlich soviel wie ausgeschaltet. Man „regiert“, diktiert, trägt also die Verantwortung.

Aber trotz aller gewundenen Lorbeerkränze für die Brüningregierung, ist die Tatsache nicht länger zu verschleiern, daß das Fiasko dieser Regierung sich noch kläglicher und katastrophaler auswirkt, als das aller vorhergehenden! Die Leistungen des Kabinetts auf wirtschaftlich-finanzpolitischem Gebiete sind so kläglich und geben ein derartig kunterbuntes wirtschaftlich-soziales Ergebnis, daß in Deutschland, weit über die radikalen Kreise hinaus eine

allgemeine Enttäuschung

sich breit macht.

Auf der ganzen Linie sind nur Fehlschläge auf Fehlschläge zu verzeichnen. Statt eine Erleichterung in der Lage der Arbeitslosigkeit zu erreichen, wie die Zentrums- und Bauernpartei Wahl am 14. September 1931 versprochen hatte, hat sich die Arbeitslosigkeit geradezu ungeheuerlich vermehrt. Sogar jetzt, wo alljährlich im Frühling die Arbeitsmöglichkeit etwas steigt, ist an einen Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht zu denken. Täglich werden neue Stillelegungen gemeldet. Die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten, der Ausgesteuerten wächst.

Statt des Preisabbaus

den Stegerwald seinen Arbeitern verkündigte, um ihnen den Raub der Lohnherabsetzung schmackhaft zu machen, kommt eine neue Preiserhöhung in Lebensmitteln und die tolle Politik der Zollerhöhungen soll noch weiter fortgesetzt werden. Die Löhne hat man gekürzt, das untere Volk mit neuen Steuern belastet, aber man wagt nicht, einen Druck auf die schreienden Agrarmächte, auf die Kartelle, Trusts und Monopole auszuüben. Die ungeheuerliche Verschwendung der Milliarden für die Subventionspolitik und Liebesgaben an die Großbäuer und Schwerindustriellen. Hand in Hand mit der Zollpolitik hat jede Konkurrenzmöglichkeit mit dem Auslande unmöglich gemacht. Die Länder, gegen die sich die hohen Zölle richteten, sind die einzigen Großabnehmer für deutsche Ausfuhr.

Hand in Hand damit geht der Rückgang der Finanzen.

Über 1500 Millionen Defizit

hat der Reichsetat schon wieder zu verzeichnen. Die Schwedenanleihe ist bereits verfallen. Die Steuerrückgänge müssen bei dem Rückgang der Wirtschaft chronisch werden. Die Ausgaben der Rüstungen betragen aber heute nicht 700 Millionen, wie Groener sagte, sondern 950 Millionen. Bis zum Juli soll ein weiteres Defizit von 600 Millionen erwartet werden. Es hat sich also verdammt nichts mit der „Sanierung der Finanzen“ durch die Brüningregierung. Sie steht vor einem Scherbenhaufen! Sie hat keine einzige positive Leistung in der Wirkung auf die Gesundheit im Volke heute zu verzeichnen!

Nun kommt auch heraus, wie der „Plan“ ausschauen soll, den die Brüningregierung ausgeheckt hat und den man geheimnisvoll seit Wochen ankündigte.

Wir kennen einen Plan in Rußland. Jener hat es fertig gebracht, daß dort die Produktion der Landwirtschaft sich verdoppelte, die der Industrie verdreifachte und das Volkseinkommen verdoppelt wurde, daß der Reallohn der Arbeiter stieg, die Arbeitszeit verkürzt wurde, die Arbeitslosigkeit überhaupt aufhörte, und ein ganz gewaltiger Aufschwung einsetzte. Das ist ein Plan für die Bedarfsdeckung

des Volkes und Hebung seiner Lebenslage, damit seiner Kultur!

Aber der Plan des Brüningkabinetts:

Ein echt kapitalistischer Plan!

Die Versuche, eine ausländische Anleihe aufzunehmen in der Höhe von 2 Milliarden, ist in Frankreich und Amerika gescheitert. Einmal glauben die Ausländer, daß sie kein Geld für Aufrüstungen geben, dann aber soll Deutschland selbst einmal beweisen, daß es sparen und arbeiten kann. Die Regierung plant also eine

Zwangsanleihe

für die man Steuerprivilegien gewähren will. Daneben plant man einen Abbau der Beamtengehälter. Da ein Abbau um 4 Proz. allgemein geplant ist, werden davon in erster

AUS DEM INHALT:

Millionen Kinder hungern — Aus der Welt des Kapitalismus — Das Volksbegehren des Stahlhelms — Kriegsdienstverweigerer an die Front — Gebt Raum dem Volke — Helft euch selbst! — Die Kirche für Sozialismus — Proleten schreiben — Aus der Bewegung.

Linien die Massen der kleinen Beamten getroffen, während es den oberen „Göttern“ sehr wenig ausmacht und es wird

Weltmai!

Die Regierung spielt sich als Freund und Beschützer der Arbeiterschaft auf. Wenn die Arbeiter jedoch nur einmal versuchen, mit dieser falschen Gnade nicht zufrieden zu sein, wenn sie nur einmal Menschen sein wollen — sofort verwandelt sich der gute Freund in ein reißendes Tier, stürzt sich auf die Arbeiter, würgt sie, mordet sie, zwingt sie, zu schweigen.

Statt roter Fahnen glänzt rotes Blut vom Straßenpflaster. Statt Lieder hallen die Knutenschläge wieder, die Karabinersalven.
(Rosa Luxemburg, die Maifeier in Loth 1892.)

Jahrzehntlang schon feiert Jahr für Jahr das Weltproletariat seinen Weltfeiertag. Seitdem die neue Botschaft erscholl für die modernen „Fischer und Arbeiter, die das Salz der Erde sind“, für die Fronarbeiter und für die neuen Sklaven in den Ketten des Kapitalismus, das: „Proletariat aller Länder vereinigt euch“, seitdem tritt am 1. Mai die Arbeiterklasse in allen Ländern auf die Straße. Das ganze Jahr hindurch trägt das Volk der Arbeit seine Last. Unermüdet erzeugt das arbeitende Volk in Stadt und Land durch seiner Hände Arbeit den Reichtum, das Glück und die Schönheit für die Nutznießer seiner Arbeit. An einem Tag im Jahr aber wirft dieser moderne internationale Riese der Welt seine Last von sich, erhebt seine Forderungen laut und deutlich auf Gleichberechtigung, Leben und Lebensrecht. Dieser eine Tag, der 1. Mai ist der neue Feiertag des arbeitenden Volkes. Dieser Tag, der dem werthschaffenden Volk aus Stadt und Land das Bewußtsein geben muß und soll, daß nach diesem einen Tag die Zeit kommen soll und muß, an dem diese ganze Welt, die das Volk der Arbeit erbaut, auch ihm gehöre.

Aber Feiertage müssen erarbeitet und erkämpft werden. Und der Feiertag des Weltproletariats ist Jahr für Jahr wiederum erkämpft worden. Seit über vier Jahrzehnten ist auch die deutsche Arbeiterklasse am 1. Mai auf die Straße gegangen. Hat allen Verboten trotzt und hat sich das Recht auf die Straße erkämpft. Tritt sie aber heute wieder am 1. Mai auf die Straße, muß sie wissen, wo sie steht. Arbeiterschutz und Achtstundentag! Brot, Frieden und Sozialismus, das sind die Losungen, für die das Weltproletariat am 1. Mai demonstriert. Wann aber war es an der Zeit, diese Forderungen lauter zu erheben als heute? — In einer scheinbaren Revolution, die die politischen Fassaden, nicht aber die Grundlagen änderte, hat die deutsche Arbeiterklasse den Achtstundentag erkämpft. Aber wo sind heute die „Errungenschaften der Revolution“? Das Monopolkapital hat es verstanden, alle Rechte, die unter dem Druck der Massen gestattet werden mußten, wieder zurückzuerobern. Eine gewaltige Reservearmee von Millionen Erwerbslosen ist entstanden. Diese Millionen sind ausgestoßen aus der Welt der Arbeit, ausgeschlossen von dem Natürlichsten von Brot und Frieden. In immer tieferes Elend versinken diese Massen. Sie hungern mit ihren Kindern, ihre Tage sind ein Dahinwelken und langsames verzweifertes Sterben in Dampfhitz und Not. Und die noch arbeiten in Betrieben und Werken? Sie tragen die Fron der „Rationalisierung“. Sie haben einen langen Arbeitstag im rasenden Tempo der Produktionsprozesse und tragen einen Hungerlohn heim

unter der Welle eines neuen Lohnabbaues innerhalb der kapitalistischen Krise, deren Folge die Gesamtarbeiterschaft tragen muß. Brot, Frieden und Sozialismus! Das sind die Forderungen der arbeitenden Welt. Die herrschenden Klassen aller Länder, die Kapitalisten und Trustgewaltigen aber arbeiten bewußt oder unbewußt innerhalb der Zwangsläufigkeit ihres Systems für Imperialismus und Krieg und Blut und Not. Wir erleben, wie sich Friedenskonferenzen und Abrüstungstagungen einander jagen. Der Krieg wird geübt, aber alles ist Sand in die Augen des Volkes. Denn während man friedlich redet, arbeitet man kriegerisch, werden die Rüstungen gesteigert, arbeitet man an Verbesserung von Chemie und Technik und allen Mordwaffen. Drohender wie nie zuvor zieht das Gespenst des Völkergemetzels herauf. Spionageaffären, Zollunionen, alles neue Konflikstoff für kommende Auseinandersetzungen. Wenn die Zeit reif, wird der Hölleentanz losgehen. Und das deutsche wie das internationale Proletariat wird die Zeche bezahlen. Und diesem Wahnsinn kann nur ein gut organisiertes, schlagfertiges Volk der Arbeit aus Stadt und Land begegnen. Die deutschen Monopol- und Trustherren schreiten den Tanz im internationalen Reigen um das goldene Kalb treulich mit. Auf jeder Reparations-, Wirtschafts- und Völkerbundkonferenz wird um größere Anerkennung und Bewegungsfreiheit gefeilscht. An Wehr- und Polizeietats darf nicht gerüttelt werden. Die Verfassung existiert schon garnicht mehr, außer einem Diktaturparagrafen. Das Trustkapital hat sich bereits seine faschistischen und halbfaschistischen Gardes und Vollzugsorgane geschaffen. Die letzten politischen und wirtschaftlichen Rechte werden dem arbeitenden Volke aus der Hand geschlagen. Der faschistischen brutalen Terrorherrschaft wird langsam und sicher der Weg bereitet. Es gibt keinen anderen Weg mehr als entweder brutale Diktatur oder Untergang des kapitalistischen Systems. Ein kampffähiges Volk der Arbeit weiß in dieser Zeit, was zu tun ist. Das weiß aber auch das herrschende System. Darum auch Notverordnungen und Verbote, darum größte Gewalt und Freiheit für den Polizeistaat.

Wenn die Arbeiterklasse, wenn das Volk der Arbeit nicht wachsam ist, dann wird es bald noch enger die Ketten der kapitalistischen Barbarei spüren. Der Generalangriff des kapitalistischen Systems auf die Rechte des arbeitenden Volkes hat längst eingesetzt. Bereitet die Gegenoffensive vor! Um unseres Lebens, um unserer Freiheit willen müssen wir kämpfen. Mit entschlossenem Mute, mit revolutionärem Geist muß das kapitalistische System gestürzt, muß die eigene politische Macht und die sozialistische Zukunft erobert werden.

Das sind die Gedanken und Losungen, die diesmal den 1. Mai erfüllen müssen. Was aber wird das arbeitende Volk aus Stadt und Land tun? Was werden die revolutionären Organisationen aller Richtungen tun? Werden sie sich nur erschöpfen in Pamphleten und Reden, in billigen Phrasen und den Worten von „Notwendigkeiten und Einsicht“? Oder aber werden sie die müden Hirne und Herzen mit Kampfesgeist füllen? Werden sie daran denken, wie oft am 1. Mai das Blut von hunderten gläubigen Proletariern als Opfer geflossen ist? Werden die arbeitenden Massen in Zucht und Disziplin den 1. Mai feiern und neues Blut der Brüder, verossen für den kapitalistischen Wahnsinn, vermeiden? Wenn das arbeitende Volk in Stadt und Land einig und geschlossen marschiert, wenn es durch die Macht seiner Masse und Größe seinen Willen dokumentiert, wird der 1. Mai zum Kampftag, dem der Weltmai folgt. —

**Auf zum
Landesparteitag Baden
am 3. Mai in Offenburg (Baden)
in der Michelhalle. Erwünscht
willkommen.**

die Kaufkraft der breiten Massen um diese 4 Proz. weiter geschmälert.

Die Lebenshaltung der breiten Massen soll weiter herabgesetzt werden, um damit eine Aktion gegen den Youngplan einleiten zu können. (Eine andere „Einleitung“ kann eben bei den Polenritten Brüning, den saloppen Reden Treviranus, dem tollpatschig großspurig plötzlich gemachten Zollpakt mit Österreich, mit dem man die ganze andere Welt vor den Kopf stieß, nicht eingesetzt werden?) Man will — echt diktatorisch, echt Brüning! — ein Zwangsmittel gegen die Youngplanmächte, durch ein eingefädeltes Industriedumping auf dem Weltmarkt einsetzen. Die deutschen Waren sollen zu einem Schleuderspreis auf den Weltmarkt geworfen werden. Um dieses Dumping zu ermöglichen, soll die deutsche Arbeiterschaft zunächst in ihrer Lebenshaltung weiter herabgedrückt werden. Brüning Stegerwald haben ja vor Wochen davon gesprochen, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes zu „hoch“ sei! Die in Betracht kommenden deutschen Ausführungsindustrien sollen dann große Subventionen und zwar

aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge

erhalten, mit deren Hilfe sie — bei gleichbleibenden Inlandspreisen — deutsche Waren zu niedrigen Preisen auf den Weltmarkt werfen sollen. Also ein Wirtschaftskrieg katastrophaler Art, sowohl für das eigene Volk im Innern, als für die politischen Wirkungen innerhalb der europäischen Völker! Ein Konkurrenzkampf, bei dem ein kapitalistisches Land das andere vernichtet. Zu diesem Zwecke soll die

Einführung des Arbeitszwanges

kommen. Wer sich diesem Zwange nicht fügen will, soll mit Entziehung der Erwerbslosenunterstützung gestraft werden. Natürlich würde dieser Arbeitszwang jenen Industrien eine Armee billigster Arbeitskräfte geben, die für ein paar Pfennig Sold zu schufteln hätten.

Wir brauchen nicht zu sagen, daß diese Pläne ganz im Sinne des höchstgesteigerten kapitalistischen Systems liegen! Industrie, Großagrarier, Banktrusts sind sich darinnen einig. Die Regierung aber ist nur noch deren politisches Instrument!

Ein solches System wird getragen von den sog. „christlichen Parteien“ in Deutschland, Zentrum, BVP, Landvolk, Christlich-Sozialer Volksdienst etc.!

Wir klagen furchtbar an: Diese sog. „christlichen“ Parteien tragen die Verantwortung und die Schuld an dem Untergang unseres Volkes! Sie sind die politische Träger die

ses, die lebendigen Menschen mordenden, die Eben zerrütenden, die ganze Moral vernichtenden Systems des Kapitalismus! Jenes Systems, das der Prager Erzbischof als die Ursache des Untergangs der Völker bezeichnet!

Und ein solches System wird bis heute toleriert von der lendelahmen SPD! Sie gibt das Lakaienamt ab für die brutale Ausbeutung und Herrschaft des höchstgesteigerten Kapitalismus!

Und mit einem solchen System macht ein Adolf Hitler nun sein „legales“ Bündnis, wenn er nur Ministerpräsident für seine Partei bekommt! Die Verhandlungen zwischen Brüning-Zentrum und Hitler-Görling haben bereits begonnen.

Wir wissen und sehen es kommen, daß all diese Maßnahmen und all diese Politik dort landen, wo noch immer jegliche Tyrannei, ob sie eine geistige, oder eine soziale oder politische war, geendet hat: Daß die Sklaven eines Tages ihre Ketten brechen! Die breiten Massen der immer mehr ins letzte Proletariat gestoßenen Volkskreise, die immer mehr enteignet, bestohlen, um ihren Arbeitsertrag gebracht werden; deren Lebenshaltung heute bereits das sittliche Leben nicht mehr möglich macht, von denen jede Stunde in Deutschland zwei Menschen zum Selbstmorde greifen, die sich bisher noch durch Phrasen, Schwärmerien, Mißbrauch der Religion, Verdummung und Verlogenheit in der Presse gegeneinander betten und auseinanderreißen ließen, bis sie endlich zur Erkenntnis kommen werden.

Gegenüber dieser dauernd zunehmenden Ausräuberung unserer Arbeitskraft, unseres Lebens und Menschentums müssen wir die große Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Schaffenden, gleich welcher Weltanschauung, bidden. Arbeiter- und Bauernmassen, die Mehrzahl unseres Volkes, all die Verbände und Richtungen, die auf dem Boden des proletarischen Befreiungskampfes stehen, müssen in einer großen Front einschwenken, um ein System zu stürzen, das nicht den lebendigen Menschen, sondern den Geldsack, die Posten der Bonzokratie in seinen Mittelpunkt stellt. Diese Erkenntnis reift — die Regierung Brüning ist der beste Wegbereiter dieser Erkenntnis und dieser revolutionären Volksfront! Sie kommt, weil sie kommen muß, historisch, weil ohne ihr Kommen unser Volk versinkt! Sie kommt nicht nur als eine Aufgabe einer Klasse, sondern als eine nationale Aufgabe eines ganzen Volkes, als eine soziale und eine kulturelle Aufgabe, weil Volk, Nation, Kultur und Menschen zugrunde gehen, wenn dieses ungeheuerliche System der Menschenvernichtung nicht über den Haufen geworfen und durch ein sittliches Planordnungssystem eines sittlichen Sozialismus ersetzt wird!

V. H.

Aus der Welt des Kapitalismus.

Der Faschismus. In Bosen wurden deutsche Kinder von italienischen Faschisten zwangsweise zur italienischen Österlichen Beichte und Kommunion getrieben. Der Zug der Kinder wurde von italienischen Polizisten bewacht, die die Hundepfeitsche schwenkten. — Was sagen die Hitler-Düsterberg dazu?

Spanien. Der Schleier löst sich. „Freimaurer“, „keine kath. Presse“ orakeln noch Lakaienblätter des Kapitalismus. Aber dann gibt man klein bei: „Die spanischen Katholiken stellen sich auf den Boden der „Tatsachen“. Wir kennen das von Bayern-Deutschland her: Auf den Boden der Tatsachen! Also! Schaffen wir Tatsachen, Boden der Tatsachen, damit sie sich darauf stellen können! In Spanien merkt man, daß es doch mehr war als nur eine Umstellung des Kopfes! Es war schon ein Sprung! Es war schon Revolution. Eine, die noch nicht fertig ist, die erst erwacht. Alfons kann seine Millionen verbubeln irgendwo, um Könige und republikanische Fahnen kämpfen die spanischen Basen schon nicht mehr, Frankreich jubelt zu früh, wenn es meint, es habe gesiegt. Es geht tiefer. Es geht um Befreiung. Zu lange, zu finster, zu brutal war die Knechtung, Verdummung, Ausbeutung auch in Spanien. Es war ja das Land der Großinkvisitoren! Aus den Ländern der Cäsaren stiegen die Aufstände der Spartakusse! Gegen die Saufgelage der Ritter und Fürsten stieg der Bundschuh hoch! Auf russische Zeiten folgten Lenin und Stalin! Und auf Alfons — wie auf Brüning und Briand — Mac Donald — Morgan folgt die Zeit des Proletariats, das seine Zukunft, seine Ordnung, seine Kultur aufbaut. Kennt ihr Geschichte? Und ihre Gesetze? Hier wirken sie! Und die ihr Euch dagegen stemmt, ihr werdet nur weiter normalisiert — oder ihr erkennt sie an, als ewig wirkende Gottesgesetze der fortschreitenden Gerechtigkeit und Freiheit!

Bauern, Arbeiter und Stegerwald.

Im Kabinett Brüning ist wieder mal „Krisis“. Stegerwald soll mit seinem Rücktritt gedroht haben, wenn der Deutscheroll Schiele kommen sollte. Er kann es doch nicht wagen, daß die Arbeiter, denen er mit seinem Lohnabbau die Löhne abbaut, jetzt noch treuerer Butter und neueres Brot erhalten sollen. Oder ist es „Geste“? Damit die christl. Gewerkschafter weiter auf ihn schwören in storem Autoritätsfimmel, der um die sittliche Verantwortung für die Lebensmöglichkeit der ihnen arbeitslosen Arbeitermassen herumgeht? Einzelne: Bauern verderben, weil sie hohe Löhne und niedrige Preise haben. Arbeiter gehen zugrunde, weil sie nicht Arbeit und zu wenig Brot haben. Immer bester und heutzutage gegeneinander. Das ist das ganze System! Kein Hand-ü-Hand-arbeiten! Keine Planwirtschaft für ein ganzes Volk, in dem jeder Einzelne nur Teil des Ganzen ist, „alles gegeneinander“, damit ein paar irdische Geldsackgötzen auf ihren Thronen bleiben! Was kümmert die Volksmassen dieser blutige Scheit der Prominenten da oben? Sein Kampf geht aufs Ganze: Das ganze System, nicht Stegerwald, nicht Schiele ist es! Der arme Adam Stegerwald muß ja doch nur Ausführungsorgan des Systems sein, das ihm seinen Ministerposten gibt!

Also sprechen SPD-Führer: „Daß der Bau des Panzerkreuzers zwecklos und unnötig ist, daran hat die Reichstagsfraktion nie einen Zweifel gelassen. Sie hat nie eine Rats genehmigt (!) und wird auch wahrscheinlich (!) keine genehmigen. Aber die SPD, hatte auch keine Möglichkeit (!) den Bau des Panzerkreuzers dauernd zu verhindern. Aber eine Ablehnung hätte den Nazi und Junkern wieder die Türe zum Reichstag geöffnet.“ So Genosse Puchta, M. d. R., Bayreuth, vor Würzburger Genossen. Kinder, Kinder! Welche Logik! Die Türe zum Reichstag hat für den ganzen Reichstag Brüning zugemacht: Ihr habt mal nichts zu sagen, ich regiere! Und die Türe zum Reichstag macht Brüning mit Hilfe Muckermanns und Görings wieder auf, dann hat die SPD, den verdienten Fußtritt! Und sie hat glänzend dazu beigetragen, daß Nazis und Junker die Koalition mit Brüning machen und wenn sie von Brüning das Wehrministerium bekommt, funder sie den Panzerkreuzer der SPD, starthier vor. Darauf aber führt nicht die deutsche Arbeiterschaft!

Europäische Sklavenarbeit.

Das Genfer Internationale Arbeitsamt hat an das Europakomitee einen Vorschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht. Danach soll eine europäische Arbeitsbüro eingerichtet werden mit dem Zweck, ein ausführliches Programm für europäische Notstandsarbeiten aufzustellen, in der Erläuterung zu diesem Vorschlag heißt es, daß „alle Länder davon profitieren würden“, da ein Austausch von Material und Arbeitskräften stattfinden müsse.

Der Vorschlag des Arbeitsamtes bedeutete, wenn er verwirklicht würde, die Einführung der Sklavenarbeit für Erwerbslose in ganz Europa. Einen kleinen Vorgeschmack liefern schon die Verschickungen deutscher Arbeiter zu Festungsarbeiten nach Elsaß-Lothringen, wo sie unter jämmerlichen Lohnbedingungen bei schlechter Ernährung und in Baracken Arbeit verrichten müssen.

Immer rascher in die Barbarei!

Von Tag zu Tag wird es klarer, daß der Kapitalismus unfähig ist, den auf der Erde lebenden Menschen Arbeit und Brot zu geben. Hier ein neues Beispiel aus der Unmasse der täglichen Erschließungen:

Die Jahresbilanzen für 1930 der englischen Eisenbahn-Gesellschaften zeigen das allgemeine Bild der Krise: starker Rückgang des Personen- und Güterverkehrs, Rückgang der Einnahmen, vor allem aber Rückgang der Dividenden. Auch die Eisenbahnen laufen aber nur, wenn der Profit gesichert ist. Darum meldet der Geschäftsbericht der Londoner Midland-Bahn die ungeheuerliche Tatsache, daß 40 Zweiglinien mit 107 Stationen geschlossen wurden und daß weitere 40 Zweiglinien mit 61 Stationen im Jahre 1931 geschlossen werden. Ein Teil dieser Stationen wird zwar durch Autobus-Verkehr aufrecht erhalten, aber ein anderer Teil fällt wieder ins finstere Mittelalter zurück. In England, der Hochburg des zivilisierten Kapitalismus, werden in 2 Jahren 170 Bahnstationen geschlossen, in der Sowjetunion, dem Land des „barbarischen Kulturholschewismus“, wird das Riesennetz der Turkei-Bahn zerstört.

Millionen Kinder hungern!

Das K. J. in der Sozialversicherung und Fürsorge.

Es gibt in Deutschland rund 14 Millionen Kinder, davon fast 7 Millionen Volksschüler.

Der Lohnabbau verurteilt Millionen Arbeiter mit ihren Familien zum Hungern. Der notwendige Lebensbedarf wird vom Statistischen Amt für eine fünfköpfige Familie mit rund 100 Mark im Monat errechnet. Nach dem Stande vom 25. 1. 1931 hatten aber 70 Prozent der Arbeitlosen vor Eintritt der Arbeitslosigkeit einen Wochenlohn unter 48 Mark, 3,4 Prozent hatten sogar unter 18 Mark.

Wenn aber schon die Familie des noch im Betrieb stehenden Arbeiters hungert, um wieviel erst Frau und Kind des Erwerbslosen. Am 15. März ist die Zahl der Familienzuschläge in der Alt (Arbeitslosenversicherung) und Krise 2,3 Millionen, rechnet man davon zwei Drittel als Kinder, so ergibt sich eine Zahl von 2,3 Millionen Kinder von Erwerbslosen.

Die Familienzuschläge werden in Höhe von 5 Prozent des Einheitslohnes gezahlt. Das macht für ein Kind pro Woche in Lohnklasse I 40 Pfg., II 60 Pfg., III 80 Pfg., IV 1,06 Mark usw. Der höchste Satz im Falle eines Verdienstes von mehr als 90 Mark pro Woche beträgt 3,15 Mark. Je geringer also der Verdienst des Arbeiters, je geringer der Kinderzuschlag, je mehr muß das Proletarierkind hungern. Diese Unterstützungssätze werden aber in einer Familie nur im höchsten Falle für vier Kinder gezahlt, sind 5 Kinder oder mehr vorhanden, so müssen sich die 4 Kinder den Bissen Brot mit den andern Kindern noch teilen.

Was aber, wenn der Vater oder die Mutter überhaupt keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat oder ausgesetzt und auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen ist?

Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Zusammenstellung der am 1. 7. 1930 festgesetzten Unterstützungssätze vorgelegt. Sie gibt ein furchtbares Bild von den Hungerunterstützungssätzen.

Rund 1 200 000 Kinder von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern sind vorhanden. In 140 Bezirken ist der monatliche Richtsatz für ein Kind bis zu 5 Mark. In Proußen 54 Bezirke mit einem Richtsatz unter 5 Mark, in Bayern 76 Bezirke unter 5 Mark, darunter Landshut mit 27 000 Einwohnern und einem Richtsatz von 1,30 bis 2,00 Mark monatlich, das sind

4 Pfennig pro Tag für den Unterhalt eines Kindes.

Richtsätze von 2,25 Mark, 3 Mark und 4 Mark sind in großen Städten vorhanden.

In 543 Bezirken liegt der Richtsatz zwischen 5 Mark und 10 Mark und in 436 Bezirken zwischen 10 Mark und 20 Mark. Mehr als 20 Mark Richtsatz haben im ganzen Reich nur 6 Bezirke. In Berlin betrug der Richtsatz 18 Mark, er ist jetzt auf 17 Mark herabgesetzt. Diese Richtsätze sollen den gesamten usw. werden auf diesem Richtsatz bei Bemessung der Unterlebensbedarf umfassen, also Ernährung, Kleidung, Lernmittel, Wohnung. Etwaige sonstige Unterstützung an Unterstützung noch angerechnet.

Opfer der Arbeit.

Wie aber sind die Kinder der Opfer der Arbeit versorgt? Die Rente eines Arbeitsinvaliden beträgt monatlich 20 Mark zuzüglich der Steigerungsbeträge, die nach den entrichteten Beiträgen errechnet werden. Bei einem frühzeitig invalide gewordenen Arbeiter, also dort, wo Kinder noch vorhanden sind, ist dementsprechend die Rente noch geringer. Die Durchschnittsrente beträgt gegenwärtig 36 Mark. Für ein zu versorgendes Kind wird bis zum 15. Lebensjahr ein Kinderzuschlag von 10 Mark im Monat gezahlt, ohne Rücksicht auf die Höhe der Rente. Das sind also täglich 33 Pfg.

Eine halbe Million Kinder von Arbeitsinvaliden sind vorhanden, die von diesen Pfennigen leben müssen.

Das Waisenkind erhält eine Rente von durchschnittlich 14,86 Mark im Monat. Der Reichszuschuß für die Arbeitsinvaliden beträgt pro Kind 3 Mark im Monat oder 10 Pfg. pro Tag. Auch dieser soll nach den Forderungen der Unternehmer gestrichen werden.

600 000 Waisenkinder leben von dieser „Rente“. In der Knappschaftsversicherung, die vor dem Bankrott steht, sind 90 000 Waisen von Bergarbeitern vorhanden. Die durchschnittliche Waisenrente beträgt bei den Arbeitern 18,50 Mark, bei den Angestellten 33 Mark.

Die Waisen der Unfallverletzten erhalten eine Rente von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, d. h. im Durchschnitt etwa 25 Mark im Monat.

Früher wurden die Kinderzuschläge und Waisenrenten bis zum 18. Lebensjahre gezahlt. Bei dem Abbau der Sozialversicherung in den Jahren 1925/26 hat man bereits die Altersgrenze auf 15 Jahre herabgesetzt. Nur für Kinder, die sich noch in der Berufsausbildung befinden und die wegen Gebrechlichkeit arbeitsunfähig sind, werden die Rente und Kinderzuschläge darüber hinaus gezahlt. Bei der Knappschaft sind bereits alle Zahlungen über das 15. Lebensjahr hinaus eingestellt. Jetzt sollen die Unterstützungssätze in allen Sozialversicherungen noch mehr abgebaut werden.

Im Kapitalismus Abbau — im Sozialismus Aufbau.

Während der Kapitalismus auf allen Gebieten abbaut, die Not und das Elend des schaffenden Volkes und seiner Kinder vergrößert, wird das Los des Kindes in der Sowjetunion planmäßig verbessert. Eine Kinderverwahrlung, von der die bürgerliche und die SPD-Presse spricht, gibt es nicht mehr.

Im Jahre 1927/28 wurden 485 000 Kinder durch Kinderkrippen, -gärten, -horte erfaßt. 1929/30 waren es 800 000. 1930/31 werden es 3 Millionen sein! So baut der Sozialismus auf!

Kämpfen auch wir für den Sozialismus, der allein dem Volk und den Kindern des Volkes gesundes und freies Leben sichert!

Kämpft gegen Lohnabbau — ihr kämpft für eure Kinder!

Kämpft gegen die unerhörten Sparmaßnahmen auf Kosten der Erwerbslosen, Wohlfahrtsempfänger, aller Schichten des werktätigen Volkes!

Das Volksbegehren des Stahlhelm.

Hitler stützt das System. — Kein Sieg, sondern eine Niederlage.

Das Volksbegehren des Stahlhelm, das eine frühzeitige Auflösung des preußischen Landtages erstrebt, ist nichts als der reaktionäre Versuch, die Koalition zwischen Zentrum und SPD. in Preußen zu sprengen und an dessen Stelle die noch viel reaktionärere Koalition von Zentrum und Rechtskapitalisten zu setzen.

Die Einzeichnungen haben etwas über 5 Millionen Stimmen ergeben. Das Volksbegehren ist damit knapp angenommen, aber es ist eine Niederlage für die Parteien, die sich daran beteiligt haben. Beim Volksbegehren für die Fürstenernteigung kamen seinerzeit ganz andere Resultate heraus.

Es hatten sich beteiligt: Stahlhelm, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale unter Hugenberg, Christlich-Sozialer Volksdienst und die Hitlerpartei!

Also die ganze kapitalistische Reaktion Preußens in all ihren Schattierungen. Diese Parteien hatten am 14. Sept. bei der Reichstagswahl in Preußen 9,1 Millionen Stimmen aufgebracht. Davon haben sie etwas mehr als die Hälfte zur Einzeichnung bringen können. Wenn man den Stahlhelm dazu rechnet, nicht einmal die Hälfte. Da sie aber zum Erfolg des Volksentscheids 13,2 Millionen Stimmen hinter sich bringen müssen, ist bereits sicher, daß sie eine glatte Niederlage erleiden werden! Es ist also eine verlorene Schlacht, wie alle bisherigen Volksentscheide! Die Entscheidungen sind eben nicht mit Volksentscheiden zu schlagen, diese können nur Kampfetappen sein! Sondern nur mit dem letzten Entscheidungskampf des schaffenden Volkes selber!

Für das schaffende Volk hatte die ganze Aktion nur diesen Sinn:

Sowohl die Inhaber des jetzigen Regierungssystems in Preußen, wie die Verfechter des Volksbegehrens, der Stahlhelm, die Deutsche Volkspartei und die Hitlerpartei wollen in diesem System nichts ändern? Es handelt sich nur um eine andere Besetzung der Posten! Und da Hitler bis zum Nachsommer mit Brüning das Kompromiß schließen will, fa dann in Preußen eine Koalition zwischen Deutscher Volkspartei, Zentrum und Hitler hergestellt werden soll,

wissen wir, daß es sich nur um eine andere Postenbesetzung handelt, nicht um eine Systemänderung! Denn weder das Zentrum, noch die Stahlhelmeute, noch Hitler und seine neuen Bonzen wollen irgend etwas Grundlegendes am kapitalistischen System ändern!

Dieses System aber zu stürzen, das ist das letzte Grundziel! Die ganze Hitlerei ist deshalb keine Befreiungswelle, sondern nur eine Etappe, die zur Revolutionierung der Spielbürger beiträgt, aber auf halbem Wege stehen bleibt: dort, wo der Geldsack, wo das System des Kapitalismus beginnt. Sie kämpft ja nur gegen den „Marxismus“, von dem sie nichts versteht, aber sie hat noch niemals den Kampf aufgenommen gegen den Kapitalismus. Die Arbeiter und Bauern in der Hitlerpartei sind deshalb heute schon die Verratenen und Betrogenen, verraten an das Großkapital, an die Schwerindustrie und Großagrarien. Hitler will unter allen Umständen an die Macht und da ihm der Kapitalismus dazu Steigbügel hält, macht er es mit dem Kapitalismus. Er ist heute sogar bereit, das Bündnis mit Brüning und dem Zentrum zu machen, mit jener politischen Macht, ohne deren Ausschaltung in kommender Entscheidung ein Sturz des unsittlichen Kapitalismus überhaupt nicht möglich ist, die im Gegenteil es raffiniert verstanden hat, der Hitlerbewegung ebenso das Rückgrat zu brechen wie der SPD. Diese Massen müssen einschwenken in die breite revolutionäre Front aller Schaffenden, der Arbeiter und Bauern Deutschlands!

Denn es ist kein großer Unterschied: Ob eine Preußenregierung Severing-Hirtsiefer, oder Kube-Leverenz-Hesse! Beide sind Verteidiger und Nutznießer des kapitalistischen Systems. Beide wollen und werden an diesem System nichts ändern — weder Brüning-Wirth, noch Severing-Braun, noch Seldte-Hitler! Um den Sturz dieses Systems aber geht der grundlegende Befreiungskampf!

Das haben wir grundsätzlich vor allem den Massen heute schon bitter enttäuschter Hitlerleute zu sagen! Euer Opfer war vergebens! Ihr seid verraten an das kapitalistische System durch Eure Führer, die selber Kapitalisten sind!

Kriegsdienstverweigerer an die Front

Urteil gegen Premysl Pitter bestätigt.

In allen kapitalistischen Ländern herrscht sichtbar oder unsichtbar der Militarismus, das Werkzeug zu Mord und Raub der kapitalistischen Gesellschaft. Wenn wir auch heute noch in Deutschland keine allgemeine Wehrpflicht haben, wie lange wird es dauern? Die „Arbeitsdienstpflicht“ ist schon ein Weg. Hier wird ein Freund verurteilt.

Vom obersten Gerichtshof in Brünn kam heute die Berufung des Pazifisten Premysl Pitter gegen seine Verurteilung zur Verhandlung. Der Tatbestand ist kurz folgender:

Bei einer von der Polizei vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde bei ihm die Kopie eines Briefes an Pavia Mordri vorgefunden, sowie die Übersetzung eines Resolutionsentwurfes gegen die militärische und vormilitärische Erziehung, die jenem Briefe beigegeben war. In dieser Resolution war die Stelle enthalten: „Bezane se vychove k umeni zabijet!“ / Wehrt euch gegen die Erziehung in der Kunst zu töten! / Auf Grund dieses Tatbestandes wurde Premysl Pitter mit Urteil des Kreisgerichtes in Straßbrunn vom 5. 12. 1929 des Verbrechens der nicht vollbrachten Verleitung zum Verbrechen nach § 15 des Schutzesetzes, Aufreizen zum ungesetzlichen Begehen eines Verbrechens nach der „Verhütungsgesetz“, schuldig erkannt und zu 2 Monaten Kerker verurteilt.

Gegen das Urteil hat Premysl Pitter die Nichtigkeitsbeschwerde angebracht, über welche das Oberste Gericht in Brünn verhandelte. Die Nichtigkeitsbeschwerde des Angeklagten wurde verworfen. In der mündlichen Verhandlung wurde vom Vorsitzenden ein neuer Nichtigkeitsgrund geltend gemacht. Der Vertreter der Generalprokuratur erklärte, daß er sich den Ausführungen des Verteidigers hinsichtlich dieses Nichtigkeitsgrundes anschloß; und ebenfalls die Aufhebung des Urteils I. Instanz beantragt. Trotzdem hat das Oberste Gericht gegen den Generalprokurator die Nichtigkeitsbeschwerde verworfen, wodurch das Urteil Rechtskraft erlangt.

Premysl Pitter wurde von Dr. Hejar, Groag in Brünn verteidigt. Durch diese Verurteilung wird die Anneside, welche P. P. bezüglich einer früheren Verurteilung genö, hinfällig. Premysl Pitter, der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen im Gefängnis Briefe geschrieben hatte, wurde auf Grund dieser Briefe angeklagt, zum Beharren im verbrecherischen Handeln ermutigt zu haben und deshalb zu 3 Monaten verurteilt.

Premysl Pitter wird also eine Strafe von 5 Monaten Kerker absitzen haben.



Prof. Dr. Ude schreibt uns auf unsere Anfrage zu dieser Angelegenheit:

„Bezüglich Premysl Pitter habe ich eine ganz eindeutige Ansicht, die ich euch gerne hier mitteile:

Premysl Pitter, den ich schon seit längerem durch brieflichen und persönlichen Verkehr kenne, ist in meinen Augen ein überaus ehrlicher, ernstzunehmender Mensch, ein religiös aufrichtiger Charakter, der für sich unerbittlich die Folgen aus seinen inneren Überzeugungen zieht, dabei aber andern gegenüber staatsbürgerliche Toleranz walten läßt. Er ist wirklich ein Idealist, wie sie selten zu finden sind, persönlich liebenswürdig, entgegenkommend und vor allem such Opfer zu bringen bereit. Er ist bereit, sich für seine Freunde stets mit ganzer Persönlichkeit einzusetzen. Wir beide decken uns in so vieler Hinsicht, namentlich auch in dem Punkte der Einstellung zum Krieg. Wir beide sind Kriegsdienstverweigerer radikalster Sorte. Er spricht gleich mir jedem Staate das Recht ab, die Wehrpflicht auszuüben und ist Gegner aller Kriegsrüstungen. Die Einführung der Wehrpflicht ist ja von vornherein unmoralisch. Die modernen Kriegsrüstungsklassen sind unmoralische Lasten als Organisierung unmoralischer Methoden des Menschenmenschenmordes und als besonder. krasse Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das aus der Not und aus dem Elend, aus Blut und Leiden sich seine Gewinne schafft. Mit vollem Recht kämpft daher Premysl Pitter gegen die schwache Regierung, gegen

die tschechischen Parteipolitiker, die die Notwendigkeit der Kriegsrüstungen und die Berechtigung der Wehrpflicht verteidigen. Premysl Pitter hatte vom ethischen und besonders vom christlichen Standpunkt aus vollständig Recht, wenn er sich gegen die militärische Erziehung auflehnte und hierbei sagte: „Wehrt euch gegen die Erziehung in der Kunst zu töten!“

Das Urteil des obersten Gerichtshofes von Brünn ist daher ein tief zu bedauerndes Fehlurteil, ungerecht im höchsten Grade, erklärlich nur aus der traditionellen Suggestion, der seit der französischen Revolution die Staaten und leider auch vielfach die Kirche unterlegen sind.

Verbrecher am Volke sind nicht die Pazifisten, sondern jene, die die Kriegsrüstungen und die Wehrpflicht befürworten. Auf unserer Seite steht Christus und nicht auf der Seite der Militaristen. Weil Premysl Pitter den Mut hatte, sich für christliche Lehren kompromißlos und unerschrocken einzusetzen, weil er also ein offener Bekenner ist, darum wurde er auch ein mutiger Märtyrer für seine Überzeugung. Die Verurteilung meines Freundes ist für ihn die höchste Auszeichnung und ist ein Sieg der Sache des Friedens. Diese Verurteilung ist so ungeheuer rückschrittlich, weil sich die Richter auf die Seite der Gewalt gestellt haben.

Ich rufe daher um so lauter allen Kulturvikern zu: Wehrt euch gegen die Erziehung in der Kunst zu töten! Denn „Du sollst nicht töten!“ so sagt Christus. Der Brüner Oberste Gerichtshof aber und die Regierungen aller Staaten, die rüsten, sagen: „Ihr seid im Gewissen verpflichtet, wenn wir es euch befehlen, zu töten!“ Welch ein Hohn auf das Christentum! Und solche Staaten wollen sich Kulturstaaten nennen!

Das, meine lieben Freunde, ist meine Ansicht zum Fall der Verurteilung meines Freundes Premysl Pitter. Helft mir, soviel ihr könnt — eure Zeitung gibt euch ja Gelegenheit dazu — daß diese Ansicht möglichst weit verbreitet werde. Ich habe keine Angst, für diese Überzeugung, jedermann gegenüber einzustreten.

Es grüßt euch herzlich, Euer Ude.



Die Ausführungen, die unser Freund Ude macht zum Militarismus und Kapitalismus, sollten Gemeingut eines jeden Christen werden. Er sollte sich und mühte sich aus dem Gewissen heraus verpflichtet fühlen, in der antimilitaristischen und antikapitalistischen Front seinen Mann zu stehen. Denk aber in diesem Zusammenhang immer wieder an die sog. „christl. Parteien“, die das Mordwerkzeug bauen lassen und den Krieg gutheißen, denk an die Vertreter —! Schützer diese Parteien und steht rückschütlos ein für die Wahrheit. Das vorstehende Urteil ist nur eines aus der Kette von Urteilen und Vergewaltigungen, die die herrschende Gesellschaft der kapitalistischen Länder auf sich ladet. Dagegen muß die einheitliche Front geschmiedet werden von allen die guten Willens sind, die Einheitsfront von Stadt und Land.

Die Junge Tat

Das Kampfblatt der Jugend. Soeben die neue Nummer erschienen. Preis 10 Pfennig monatlich zuzüglich Porto.

Jeder Leser des „Neuen Volk“ muß das Blatt kennen. Pflicht aller Ortsgruppen der A. u. B.P.D. ist, für die Jugendgruppen das Blatt zu bestellen.

Bestellungen und Zuschriften an die Geschäftsstelle des „Jungen Tat“, Würzburg 2, Postfach.

Ein Sommer der sozialen Kämpfe.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ vom 26. April einen Artikel seines Ruhrberichterstatters, der wichtige Enthüllungen über die neue Lohnabbau-Offensive bringt, die vom Ruhrgebiet ihren Ausgang nimmt.

Bekanntlich hat vor einigen Monaten Krupp von Bohlen eine Rede gehalten, in der er den unveränderten Vorschlag eines weitgehenden Lohnabbau machte. Über diesen Vorschlag haben, wie jetzt der Berichterstatter des „B. T.“ enthüllt, geheime Verhandlungen mit der Gewerkschaftsbürokratie stattgefunden. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Anknüpfend an die seinerzeit von uns besprochenen Anregungen Dr. Krupp von Bohlen — Garantie für Beschäftigung einer größeren Arbeiterzahl bei unveränderter Gesamtlohnsumme, also verringerten Einzellohn — hat man wochenlang mit den Gewerkschaften über einen gemeinsamen bei der Reichsregierung vorzunehmenden Schritt verhandelt; Stegerwald hat damals in seinen im Westen gehaltenen Reden mehrfach durchblicken lassen, daß er gerade auf einen solchen Schritt warte.“

Es wird dann ausgeführt, daß diese Verhandlungen zu keinem endgültigen Resultat geführt haben, und daß die Unternehmer der Nordwest-Metallindustrie jetzt auf dem Umweg über Urlaubs kürzung, Wegfall an Sozialzulagen und Herabsetzung des Akkordrichtsatzes die erstrebte Lohnsenkung herbeiführen wollen. Noch weitgehender seien die Forderungen des Zechenverbandes. Die vom Zechenverband u. a. geforderte Erhöhung der Schichtzeit von 7 auf 8 Stunden sei so zu verstehen, daß für die 8 Stunden nur derselbe Schichtlohn gezahlt werden soll wie vorher für 7 Stunden. Bei dem am 9. Mai für den Ruhrbergbau festgesetzten Schlichtungsverhandlungen sei evtl. eine kurzfristige Zwischenlösung möglich. Das Reichswirtschaftsministerium habe bereits eine neue Untersuchung der Lage des Ruhrbergbaus eingeleitet, von der dann das Reichsarbeitministerium, d. h. der Schlichtungsapparat, seine Entscheidungen abhängig machen werde.

Soweit der Berichterstatter des „B. T.“. Die von ihm erwähnten Geheimverhandlungen über Herbeiführung eines neuen Lohnraubs sind von der linken Presse immer wieder signalisiert, von der Gewerkschaftsbürokratie aber hartnäckig abgelehnt worden. Sie haben aber verhandelt, und daß sie über die Herbeiführung eines neuen Lohnraubs unter Aufhebung bestehender Tarifverträge verhandelt haben, zeigt, daß sie auch jetzt bereit sind, den schwärmenden Verrat an den Ruhrarbeitern zu üben.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist ebenso bereit, für andere Arbeiterschichten die bestehenden Tarifverträge aufzuheben, um sie mit einem Lohnabbau zu überumpeln.

„Ein Sommer der sozialen Kämpfe“ — schreibt der Berichterstatter des „B. T.“ mit Recht, weil ja die neue Lohnabbauwelle, ausgehend vom Ruhrgebiet, durch ganz Deutschland gehen soll.

Die ganze deutsche Arbeiterklasse muß zur Gegenwehr rüsten! Die kämpfenden Ruhrarbeiter müssen von der Gesamtarbeiterschaft unterstützt werden. Es gilt, überall gegen den Lohnraub organisiert und geschlossen zu kämpfen.

10 Prozent Lohnabbau für Berliner Verkehrsarbeiter.

Der sozialdemokratische Direktor der Berliner Verkehrs-AG., Brohlat, fordert jetzt einen Abbau der Löhne um 10 Prozent. Da die Löhne der Berliner Verkehrsarbeiter ohnehin schon miserabel sind, ist zu erwarten, daß sich die Verkehrsarbeiter gegen diesen ungeheuerlichen Lohnabbau zur Wehr setzen werden.

Severing für weitere „unpopuläre“ Maßnahmen.

Auf einer von den Sozialdemokraten veranstalteten Kundgebung sprach der preußische Innenminister Severing. Nach seiner vergangenen Koblenzer Rede, in der er für schnelle Aufrüstung eintrat, sind seine Dreddener Worte noch von besonderer Bedeutung. Er erklärte unumwunden:

„Für die Sozialdemokratie ist der Patriotismus keine Angelegenheit der Phrase, sondern der Tat und der Heißtätigkeit. In schweren Situationen hat die Sozialdemokratie immer in den vordersten Reihen gestanden. Wir stehen in den nächsten Monaten vor schweren Aufgaben, und es kann sein, daß wir auch zu unpopulären Maßnahmen gezwungen sind.“

Also Panzerkreuzer-Bewilligung, Abbau der Sozialausgaben, Diktaturverordnungen, Lohnabbau, das war nach der Meinung Severings alles ein kleines Vorspiel, dem weitere „unpopuläre“ Maßnahmen folgen sollen. Man weiß nicht, woher Severing den Mut nahm, dann noch die Frage zu stellen: „Wo bleibt der zweite Mann?“ Es gibt in Deutschland nicht einen einzigen Menschen, der einer Partei beitreten würde, die die Interessen ihrer Mitglieder und Wähler mit Füßen tritt. Der zweite Mann für die Sozialdemokratie ist nicht mehr zu gewinnen.

Christus keine „spanische Wand“.

In der ungarischen kath. Revue „Magy. Kultúra“ erregt ein Artikel des ehemaligen Jesuitenprovinzials Pater E. Csabossa bedeutendes Aufsehen. Der Jesuit schreibt, daß eine entschiedene Politik gemacht werden müsse, um mit dem heutigen ausbeuterischen Wirtschaftswind aufzuräumen. Die Arbeiterschaft habe nicht nur ein Recht, sondern die Pflicht, ein menschenwürdiges Dasein zu fordern. Christus sei keine spanische Wand, hinter der sich die Reichen, die Trusts und Banken verstecken dürften, um die Armen auszubeuten. Der Kapitalismus weigere sich, sowohl moralisch, als wirtschaftlich-soziale Reformen energisch durchzuführen. Wenn das so weiter gehe, werde dieser Kapitalismus die Sintflut der Weltrevolution erleben. — Das wird er, denn es ist ganz unmöglich, daß das System des Kapitalismus von seinem innersten, immanenten Gesetze, das Profit heißt, abgeht! Es gibt keine Reform durch den Kapitalismus, es gibt nur zwei Möglichkeiten: Kapitalismus oder Sozialismus! Der Kapitalismus bedeutet die Menschenvernichtung und die Krisis, die Zerrüttung der menschlichen Gesellschaft, des moralischen und sozialen Untergang!

Menetekel.

Proleten gibts,
Die sind zu jeder Stund,
Ohne zu öffnen je den Mund!
Agitatoren!
Sie klagen an,
Sie sind dazu geboren.
Gerade ihr Schweigen,
Ihr stummes Gesicht,
Ist wie ein Zeigen —
Auf das Gericht!

Gebt Raum dem Volke!

Wir berichteten schon von der „Sozialen Volksbewegung“, die sich in Ostpreußen organisiert. Auf einer Kundgebung dieser Bewegung wurden nachfolgende Ausführungen gemacht. Wir werden diese und ähnliche Bewegungen mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Überall sagt sich das Volk los von den alten Versorgungs- und Korruptionsparteien. Unsere Zeit kommt. —

Ein Siedler spricht:
„Das deutsche Volk muß siedeln, oder es geht zugrunde!“ So sagte Hindenburg 1918. — Siedeln ist aber nicht: ein paar Häuser bauen am Stadtrand, und siedeln ist ganz gewiß nicht: Klein- und Kleinstbauern ansetzen und mit Leihgeld zu Zins-Sklaven machen, wie die vom Staate tun. Richtig Siedeln ist die bewußte Abkehr von der heutigen Zivilisation. — Zum richtigen Siedeln gehört das Recht des Deutschen am Boden, — an ein Stück Vaterland. Wenn er Land will, um Wohnung und Nahrung darauf zu bauen, daß er dann auch herankommen kann — ohne zinspflichtig zu werden, oder mit Steuern, Gebühren, Strafen und derlei Staatseinrichtungen bepackt und geplagt zu werden. Dazu gehören zinslose Betriebsmittel, und deren Abtrag mit den Erzeugnissen der Arbeit des Siedlers. — Weil die vom Staate das nicht können, und auch nicht dürfen, müssen wir Menschen der ehrlichen Arbeit, — wir vom Volk — es tun. In Selbsthilfe und gegenseitiger Hilfe. Das wird erkannt, und die Erkenntnis über das echte Siedeln des deutschen Volkes wächst trotz Staat. — Unendlich schwer hat es uns der Staat gemacht in den 12 Jahren seit 1918—19. Erst nahmen die vom Staate uns alles, was wir gespart hatten, von Vaters und Großvaters Zeiten her. Dann verhiinderten sie die Vermögens-Neubildung durch Steuern, Zinsen, Gebühren, Strafen, Dividenden, Däten und dergleichen. Dann nahmen sie uns auf den gleichen Wegen das Land, und standen dabei, wie uns die Baustoffe wucherisch verteuert wurden. Seit 1924 haben wir 12 Milliarden Mark zu Wohnungszwecken aufgebracht. 1924 fehlten 600 000 Wohnungen. Jetzt fehlen 800 000 Wohnungen. Mit dem Gelde hätten aber statt 800 000 Wohnungen — 12 000 000 Eigenheime zu je 10 000 Mark gebaut werden können. Das Geld ist aber vertan, und heute fehlen 200 000 Wohnungen mehr als 1924. — Im Jahre 1924 lagen in Deutschland 8 Millionen Morgen Land brach, 1930 waren es 17 Millionen Morgen. Dank Steuern, Zinsen, Gebühren, Strafen derer vom Staat. Der Zusammenbruch eines Bauernhofes folgt dem andern, — tot gesteuert, tot gezinst. — In den Wäldern verkauft das schlagreife Bauholz. Die Sägewerke liegen still. Die Ziegeleien liegen still. Die Kohlengruben liegen still. Und 5 Millionen Erwerbslose. Dank Steuern und Zinsen, Gebühren und Strafen und derlei Staatseinrichtungen. Die ehrliche Arbeit verarmt! Friedrich Nietzsche schrieb: „Lüge kriecht aus seinem Munde, wenn es spricht: Ich, der Staat, bin das Volk.“ Weil so viele von dieser Lüge leben, und gut leben, — ja, fröhlich und geistig leben, weil durch diese Lüge alles so verwirrt und durcheinander gebracht wurde, weil durch diese Lüge nun so viele der Meinung sind, Staat sei Ordnung und Staat sichert die Ordnung — darum wird uns, dem Volke,

das Siedeln so furchtbar schwer. — Aber, weil artgemäße deutsche Siedlung werden will und werden muß, so wird und wächst sie. In mannigfachen Formen und Farben: Die zinslos arbeitenden Bausparkassen entstanden, — die tausende und abertausende Eigenheime errichteten mit Geld ohne Zinsen. Die Siedlerbewegung entstand, — und die Bauernbewegung entstand. Alle mit dem Ruf: Steuerfreiheit! — Fort mit dem Zins! — Deutsches Recht! — Anspruch auf Vaterland! — Die Soziale Volksbewegung entstand, und die Bünde der Erwerbslosen, — alle, alle aus dem gleichen Geiste; alle, alle in gleichem Streben. — Die

vom Staate müssen folgen. Müsst! Sonst erleben sie Schauriges. Das Volk steht auf, Der Sturm bricht los.

Es will fort von den ausbeuterischen, niederziehenden, Sterben- und Verderben-bringenden Einrichtungen der gewesenen und schon ver-wesenden Gesellschaft. Es will die Neu-Ordnung der Deutschen Dinge. — Durch Steuerfreiheit und Zinsfreiheit zu seinem gerechten Lohn, dem vollen Ertrag seiner Arbeit. Dazu die Bahn frei! Tretet ab ihr Führer, die Ihr uns in Unheil geführt habt. Das ist das Ultimatum des Volkes an den Staat.

Helft euch selber!

Den Bauern geht's schlecht. Sie sagen, sie bekämen zu wenig für ihre Erzeugnisse. Den Leuten in der Stadt geht's auch schlecht. Sie sagen, sie müßten für ihre Bedürfnisse zu viel bezahlen.

Beide haben recht. Die städtischen Konsumenten sollten ihre Lebensmittel billiger einkaufen, die ländlichen Produzenten sollten sie besser verkaufen können. Das wäre möglich, wenn der Weg von hier nach dort nicht über den Handel ginge.

Der Handel verteuert die Ware ums Doppelte und mehr, weil er mit zu hohen Spesen arbeitet, und weil der einzelne Händler zu wenig umsetzt. Etwas Unrationelleres als unser Verteilungssystem, genannt Handel, läßt sich in unserer Zeit der Rationalisierung nirgends finden. Es ist der helle Wahnsinn. Aber alles Predigen dagegen hat noch nichts geholfen.

Auch die Genossenschaften, die der Produzenten und die der Konsumenten, haben merkwürdigerweise nichts gebessert. Sie sind selber ein Stück Handel und arbeiten zu teuer; sie haben auch die unmittelbare Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher bis jetzt nicht herzustellen vermocht. Es gibt Fälle, wo am selben Ort ein Konsumverein und eine landwirtschaftliche Genossenschaft bestehen, aber sie wissen anscheinend nichts voneinander. Der Konsumverein läßt seine Eier -us Italien kommen, die Milch, Butter und Käse aus dem Allgäu, aus Holland oder Dänemark; die Bauern liefern ihre Eier, ihre Milch, ihre übrigen Erzeugnisse via Genossenschaft irgendwohin, vielleicht ebensoweit weg. Komisch, so etwas.

Läßt sich denn der Handel, lassen sich die immensen Spesen des Handels (Laden, Reklame, Personal, Steuern, Warenschwund) wirklich nicht ausschalten?

Es käme auf den Versuch an. Zwei Vorschläge seien gestattet: einer den Konsumenten, der andere den Produzenten.

1. Ein Dutzend, zwei Dutzend oder mehr Familien tun sich zusammen, kaufen ihre Bedürfnisse planmäßig gemeinsam aus erster Hand ein und verteilen sie nach der Bestellliste. Sie können dem Lieferanten den Großhandelspreis zahlen, der zwischen Erzeuger- und Ladenpreis liegt. Erfolgt der Bauer bekommt weiter, der Verbraucher bezahlt weniger. Spesen: etwas Fahrgeld, ein Heft um zehn Pfennig, eine Wage, eine leere Zigarrenkiste.

Vorsicht! Viele wissen nicht, daß man heute sogar das Brot billiger und besser bekommt, wenn man das Korn-zentnerweise beim Bauern kauft, es in der Mühle mahlen und den Bäcker bloß den Teig backen läßt, als wenn man es fertig im Laden (auch im Konsumvereinsladen) taufen würde.

Der Versuch ist übrigens schon von einzelnen und für einzelne Waren gemacht worden. In Oerlikon bei Zürich gab es z. B. eine kleine Vereinigung von Angestellten, die sich zusammensetzten, um billige Lebensmittel einzukaufen. Sie brachten es soweit, daß der Konsumverein in Oerlikon liquidierte und daß sogar Züricher Familien ihre Waren billiger von den Selbstversorgern in Oerlikon bezogen als sie sie in der Stadt kaufen konnten.

Ein Heilbronner Leser der S.Z. hat in einer Zuschrift an die Redaktion kürzlich einen ähnlichen Gedanken zur Diskussion gestellt. Er empfiehlt, Verbrauchergruppen von 200 bis 300 Familien zu bilden, die einen bestehenden Lebens-

mittelhändler sozusagen engagieren, so daß dessen Umsatz gesichert (und genau umschrieben) ist und er mit einem bescheidenen Zuschlag zu seinen Einkaufspreisen auskömmlicher leben kann als vorher. Er verwaltet dann sozusagen lediglich die Verteilungsstelle der Genossenschaft und führt auch nur ganz bestimmte Waren, die von den Genossenschaften bestellt werden gegen Obervorteilung und schlechte Warenlieferung, meint der Einsender, würden sich diese durch Vertrag und Kontrolle sichern können; sie müßten sich auch strikt verpflichten, ihren gesamten Bedarf durch die Genossenschaft zu decken (Wogegen sich einiges einwenden läßt).

2. Wenn man mit Bauern spricht und sie fragt, warum sie ihre Erzeugnisse, namentlich Eier, Obst und Gemüse, nicht lieber selber an den Verbraucher verkaufen statt um ein Nasenwasser an den Großhändler, so erhält man regelmäßig die Antwort: der Markt ist überfüllt, und wir können doch keinen Laden mieten.

Nun, wie wär's, wenn eine Gemeinde sich für ihre Produktion einen Laden nicht mieten, sondern kaufen würde? Aber einen auf Rädern, sagen wir einen gebrauchten Ford-Lieferwagen um 2000 Mark (der genügt für den Anfang). Mit dem wird aber nicht auf den Wochenmarkt gefahren, zweimal in der Woche, sondern täglich wird nach festem Fahrplan eine Route bestreift, innerhalb deren zu bestimmten Minuten an bestimmten Plätzen gehalten wird. Der Fahrplan wird den verehrlichen Hausfrauen in der Zeitung bekannt gegeben, die Preise müssen (wie oben) zwischen Erzeuger- und Konsumpreis liegen, und es darf nur gute und frische Ware angeboten werden.

Dieses System des fahrenden Ladens, das einzige wirklich der Zeit entsprechende Vertriebssystem für Lebensmittel, ist von einem genialen Züricher Kaufmann erfunden worden und hat in der Schweiz zu einer Art Revolution im ganzen Lebensmittelhandel geführt. Es funktioniert glänzend; warum wird es nicht nachgeahmt?

So viel ich weiß, haben einige gut geleitete Detailhandels-Großbetriebe (Lichti in Heilbronn, Gottlieb in Freiburg, eine Firma in Pforzheim) Versuche mit diesem „Migros-System“ gemacht, sie aber wegen Gebühren-Schikanen und dgl. wieder eingestellt. Aber derartige Schwierigkeiten müssen sich überwinden lassen, und was man aus zarter Rücksicht auf den „Mittelstand“ dem modernen Handels-Großbetrieb in den Weg legt, wird man vielleicht dem doch ebenfalls von den Regierenden so hoch geschätzten Bauernstand, namentlich wenn er in geschlossenen Gruppen auftritt, nicht zu bieten wagen.

Probierst! Probieren geht über Studieren. Erich Schairer. (Vorsiehender Artikel entstammen wir der vorzüglich geleiteten „Sonntags-Zeitung“ Stuttgart.)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Zuschrift eines Landwirtes:

Vom Preisabbau auf dem Lande.

Es wird immer viel vom Preisabbau geschrieben und gesprochen, aber da, wo es notwendig wäre, da wird statt Abbau ein Aufbau. Es ist gerade in Hohn, wie bei dem Landwirt und Arbeiter abgebaut wird, beim Arbeiter am Lohn, beim Bauer an seinen Erzeugnissen. Wir wollen mal dem Arbeiter und kleinen Beamten einen

Du solltest Opfer sein? ...

Aus den Tagebüchern eines jungen Menschen.
Von Wolf Bernau.

(Nachdruck verboten.)

12. Fortsetzung.

Der erste Kriegswinter (1914/15) Husten und Schnupfen quälten die Konviktsbewohner. Er mußte mit der Feuerung gespart werden. Grummig witterte man über die kalten „Löcher“ im Konviktsheim. Das Scheitern und Poltern nahm kein Ende mehr; einmal war das Eisen zu knapp; kein Fleisch kam auf den Tisch „die ganze Woche“. Die Jugend hatte überall Beanstandungen zu machen, war auf tiefste beleidigt, wenn der Rektor gelegentlich mit einem der größten Schreier ein ernstes Wort sprach. Der „Alte“ bekam dann nicht gerade die schmeichelhaftesten Namen.

Frühwald war zuerst über solche Zustände, konnte es nicht fassen, daß seine Mitschüler solche Reden führen durften. Dabei sollten sie Pfarrer werden, empfinden im Konvikte Ermahnungen zu besonderer Frömmlichkeit, erhielten des Samstags lange Unterweisungen im hl. Glauben.

Frühwald kam nicht zum Bewußtsein, daß nur wenige Mitschüler eigener Entschluß ins Konvikts geführt hatte, machte sich noch keine Gedanken darüber, in welcher Lage sich das flache Land hinsichtlich höherer Schulbildung befand. Auf dem Dorfe gab es genug Bauernhöfe, die sich durch ihre Bezahlung für eine bessere Schulbildung eigneten. Den Eltern fehlten die Mittel, die Jungen in private Pensionen zu geben. Auch sprach der tiefstehende Haß des Dorfes gegen die „verdorbene“ Stadt ein gewichtiges Wort mit. Diese Situation wußten sich die kirchlichen Institutionen frühzeitig sunst zu machen. Überall existierten Heime, Konvikte; man warf reichliche Spenden aus, immer unter der Voraussetzung, daß einst die Zöglinge eifrige Vertreter kirchlicher Interessen würden. Der Junge aus dem Dorfe lernte im Konvikts ein ganz bestimmtes Berufsideal kennen: Wurde ein Bauernbub in die Stadt geschickt, so hieß es im Volk: Er studiert „Pfarrer“ — wenn auch der Knirps noch nicht „mens“ deklarieren konnte. Die wenigen Bauernhöfe, die schließlich eine weltliche Studienlaufbahn einschlugen, waren in den Augen der Bauern mehr oder weniger religiös verflucht; sie

warco doch im Konflikt gewesen, waren also „verkracht“, wenn sie keine „Herrle“ wurden.

Es war nicht das schlechteste Holz, das sich die Kirchen für ihre Zwecke ausählten. Natürlich wählten nicht sämtliche Zöglinge spätere Theologie. Dieser Umstand war nicht übersehen worden. Die Stipendien mußten zurückgegeben werden, wenn der frühere Konviktsler einen weltlichen Beruf ergrieff.

Jörg Frühwald hatte sein Weiterstudium der Tassache zu danken, daß sich in Halbbendorf ein derartiger Konvikts befand. Niemals hätte Renate Frühwald ihren „verkrachten Mönch“ in der städtigen Stadt untergebracht, gegen die sie einen fanatischen Haß hegte ...

Frühwald bekam immer wieder von einem der Großen seiner Mutter zu spüren. Als er um Geld zur Anschaffung neuer in der Schule benötigter Bücher schrieb, erhielt er böse Antwort: Er sollte sich nicht unterstehen, noch einmal für seine Lumpereien Geld zu verlangen. Wom er neue Bücher brauche? Er sollte die alten auswendig lernen; ob er sich Schundromane, „Berliner Schwänke“ kaufen wolle; es werde schon bald genug mit ihm bergab gehen; sie wolle nicht auch noch die Hand dazu reichen.

Es häufte sich die Not. Mitte Dezember erreichte ihn ein Rundschreiben des P. Provinzials. Die Zöglinge durften wieder nach Wasserhuk zurückkehren, die drohende Kriegsgefahr für Holland war beseitigt. Der Unterricht sollte am 3. Januar beginnen.

Frühwald hatte von seiner Veränderung noch keine Mitteilung an die Kollegenschaft gemacht. Plötzlich lockten, riefen die vertrauten Räume des Kolleges den Einsamen wieder in ihren Bann. Wenn er in seiner danken Ecke lag, keinen Schlaf fand, wie ruhten die Bilder von Wasserhuk so still, voller Frieden in seinem verströnten Gemüte! Die großen Säle, die Spielplätze, das Wäldchen, alles verlangte, rief nach ihm.

„Mein Unglück in Wasserhuk, vielleicht war's doch nicht so schlimm, die Verzweiflung nur vorübergehend! — Ich hab mich am Ende schrecklich geirrt! Zurück, so lange noch Zeit ist!“ Frühwald fing an, seinen Schritt in die Welt zu belauern. Sein Verhältnis zu den Kameraden war seit Herbst eher schlechter als besser geworden. Ihr Treiben stieß ihn ab, erschien ihm allzu kindlich.

Rudolf Heere hat Frühwald einige Male zu den gemeinsamen Streifen in die umliegenden Berge und Ortschaften mitgenommen. Big verwogener Mengersohn machte den Anführer. Die Gesell-

schaft kroch in den Höhlen der zahlreichen Kalkfelsen an der Donau herum; dort fand man Schutz gegen Unwetter und Entdeckung durch neugierige Vorgesetzte.

Reizig wurde zusammengetragen, ein Feuer angesteckt. Frühwald mußte fürchterlich husten. Seine Augen tränten in dem heißen Rauche, der keinen Abzug fand. Im gespenstischen Halbdunkel lag der „Hauptling“ gruselige Gesichten aus einem Groschenhefte vor. Die Gefährten lockten um das „Lagerfeuer“, überwachten das Brennen der Kartoffeln oder Äpfel, die sie unterwegs „erhoben“ hatten. Andere schritten flämmerliche Gesichter und Grimassen, wenn sie an den Zigaretten zogen. Der Vorleser rauchte eine richtige Pfeife mit grell bemalten Porzellankopf; sie hing ihm schief im linken Mundwinkel.

In diese Gesellschaft hatte sich einige Male der Klosterschüler mitnehmen lassen. Es wurde wenig beachtet.

Jörg sah verständnislos dem dummen Treiben zu, schüttelte verständnislos den Kopf, wenn ihm Herrze eine Zigarette anbot. Es dünkte ihm eine Ewigkeit, bis endlich zum Aufbruch befohlen wurde. Da ward unter wildem Geheul das Feuer zertrampelt. An der Donau wuschen sich die „Indianer“ ihre geschwärzten Gesichter.

Frühwald hielt sich bald ferne, wollte diesen Unsinn nicht weiter mitmachen. Lieber allein herumirren wie bisher, mochte die Verlassenheit noch so sehr schmerzen; das Heimweh nach Wasserhuk wuchs von Woche zu Woche.

Weihnachtsferien hatten begonnen. Das Konvikts leerte sich. Die Zöglinge fuhren geschwellig in die Heimat. Frühwald wurde kurz vor seiner Abreise zum Rektor gerufen. Er gab ihm das Zeugnis zurück, das er am Morgen verlangt hatte.

Der Rektor suchte freundlich mit Papierern: „Also ... 's ist recht, Bursche. In Mathematik aber muß besser werden! Kannst ein Stipendium kriegen! Also ... die Formulare da füllen die Eltern aus. Bringst sie mit. Daß mir brav liebt. Bursche! Und im Herbst wird Hehrlich gelernt!“

Er hatte eine eigentümliche Art, der quacksalbrige Mann, mit seinen Zöglingen zu verkehren. Frühwald sammelte einige Dankesworte ...

Ob die Mutter sich wohl freute, daß ein Stipendium in Aussicht stand? Ja reichliche beachtlich die hohen Kosten, die er den

Überblick geben, wie es heute in der kleinen Landwirtschaft aussieht.

Wenn es noch länger so zugeht mit dem Preissturz bei den Vieh- und Schweinefleisch, dann kann der kleine Bauer bald sein Vieh und Schweine verkaufen, um seinen Verpflichtungen, an Steuern- und Gemeindeabgaben nachzukommen.

Heute ist der Preissturz schon soweit vorgeschritten, daß dem Bauer noch für Schweine (Lebendgewicht 1 Pfund 48-50 Pfennig bezahlt), für Großvieh bezahlt man noch 45-48 Pfennig Lebendgewicht, und wie sieht es aus beim Metzger, da bezahlt man den schönen Preis für Schweinefleisch 1.- bis 1.10 Mark, und Rindfleisch auch soviel, wer hat da das Geld in der Tasche. Es ist ja gerade eine Schande, wenn man soviel für Fleisch bezahlen muß, wenn man es in der Metzgerei holen kann man da nicht abbauen, aber da sagt kein Mensch, der Arbeiter und der kleine Beamte der muß es bezahlen, da sollte man auch Abhilfe schaffen bei solchen Zuständen.

Wie ist es mit der Milch, es ist ein Hohn, wenn man heute noch 15-16 Pfennig für den Liter Milch bezahlt ab Stall, und wieviel muß der Arbeiter und Beamte bezahlen, wenn er sie kauft, ist das nicht unerhörlich, wie da dem Arbeiter und Beamten das Geld abgenommen wird. In einem kleinen Südtürken am Bodensee ist eine Milchzentrale, wo die Milch abgeliefert wird. Da sitzt ein Direktor, welcher ein Jahreskommen von sage und schreibe 15 000 Mark bezieht, soll da die Milch noch billig werden, wenn solche Sager da sitzen. Dagegen kommen die betreffenden Herrn nicht auf das Land und machen dem Bauer vor, es ist kein Gewinn mehr herauszuholen, und darum soll der Bauer die Milch noch billiger geben, damit die Herrn noch mehr Gehalt einschleiben können. Wir sind aber der Meinung, daß der bet. Herr im Jahre mit 6000 Mark auskommen könnte, wenn nicht, dann sollte er das Amt niederlegen. Ich glaube, es wären auch noch andere da, die die schwere Arbeit noch billiger machen würden.

Für den Weizen, welchen der Bauer abgibt, wird der Doppelpenniger mit 26 Mark bezahlt, wenn ein Arbeiter oder kleiner Bauer ein Pfund Mehl kauft, muß er 25-30 Pfennig bezahlen! Wo bleibt da der Profit! Ich glaube, man könnte das Brot und das Mehl billiger geben, aber die Gesellschaften würden noch mehr in die Höhe gehn mit dem Mehl, wenn es nicht zu kraß wäre.

Auch wird immer geschrieben, man hat der Landwirtschaft Millionen zugeschoben zur Erleichterung und zur Hilfe, wo ist das Geld, wo wird geholfen, nirgends ist etwas zu sehen bei dem kleinen Bauer. Dem Großgrundbesitzer werden die Millionen in den Rachen geworfen zu 5 Proz. Zins, aber der kleine Bauer sieht nichts davon. Gibt es denn da keine Gerechtigkeit unter der Verteilung der Gelder! Heute ist der kleine Bauer nicht im Stande, wenn er etwas an seinem Gebäude machen sollte an Reparatur. Er kann es nicht, denn, wenn er sich Geld leihen muß zu 10 und 12 Prozent, dann ist er erledigt, dann steht er am Ruin. Kann da nicht auch geholfen werden? Arbeiter, kleine Beamte, geht doch aufs Land und kauft euch die Lebensmittel beim kleinen Bauer, ich glaube mancher Arbeiter würde sich manche Mark ersparen und der Zwischenhandel wäre ausgeschaltet.

Wenn ihr Arbeiter und kleine Beamte eine Ortsgruppe habt, dann schließt euch zusammen und kauft doch gemeinsam miteinander ein und manche Mark wird euch erspart bleiben. Arbeiter, Kleinbauer- und Kleinbeamter reicht euch die Hände, geht gemeinsam vor miteinander. Sind wir nicht Brüder, müssen wir nicht das gleiche Los teilen, einer für alle und alle für einen.

Schließt euch zusammen in der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands (Christlich radikale Volksfront).

Friedr. Debacher, Landwirt.



Ein Industriearbeiter schreibt:

Warum nicht gleiches Recht für alle?

Hier in der Großindustrie haben wir seit einigen Jahren sehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden, angeblich „Arbeitsmangel“. So war es auch hier mit der Härte Ruhrort Meiderich, eines der modernsten Werke mit hier im Ruhrkohlengebiet. Schon seit längerer Zeit waren Entlassungen und Kündigungen Tagesordnung. Bis vor einiger Zeit der große Preissturz beginnen sollte, aber nur an den Löhnen, da der Arbeiter ja bekanntlich mit 150.— monatlich auskommen kann. Von der Werksleistung (selbstverständlich von den armen Herren mit 30-40000 Tausend Mark und noch höheren

Gehältern) wurde ein Lohnsturz um 10 Proz. vorgeschlagen. Schwere Verhandlungen fanden statt, jedoch war der Kampf zwischen den Gewerkschaften ausgeschaltet und es galt hier im Sinne der Arbeiter zu kämpfen, für die nur das Ablehnen des Werkvorschlags galt. Die Kapitalisten hielten die Verzerrung für nicht maßgebend und wollen durch eine Urabstimmung den Wunsch der Arbeiter erfahren. Mit zweidrittel Mehrheit wurde der Vorschlag abgelehnt.

Das waren zwei Beweise für die Ablehnung, doch war der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, Dr. Jarres, nicht zufrieden und führte eine offene Abstimmung durch. Herr Dr. Jarres hat selbstverständlich keine Not, er bezieht ja auch ein nicht übles Gehalt. Er versuchte alte Leute und Entlassene für den Werkvorschlag zu gewinnen und erhielt auf diese Weise etwa 4500 Stimmen, mit ja oder nein?

Es waren wahrscheinlich keine ungültige Stimmen dabei! Nun, etwa um 7000 Mann wurde das Arbeitslosentum von Duisburg vergrößert. Der Einzelhändler stöhnt, der Arbeiter kauft nicht mehr, denn wer noch arbeitet, verdient zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Zwei harnberrige Milchhändler erlangten mit Mühe die Konzession (warum Konzession?) und verkaufen die Milch statt für 26 Pf. zu 20 Pfennig, das darf nicht gemacht werden, darauf ruht „Hungerleiden“. Die Milch wurde zu 15,5 Pfennig eingekauft, also hatten sie einen Verlust von 4,5 Pfennig. Das genügt doch? Ja, nun auf Grund dieser Barmherzigkeit wurde Regierungspräsident Bergmann angerufen, der die Entziehung der Konzession veranlaßte. Einer der beiden Händler schreibt im anliegenden Artikel darüber.

Ende des Milchpreiskampfes.

Hierdurch teile ich meiner geehrten Kundschaft mit, daß mir durch behördliche Maßnahmen meine Milchhandelskonzession entzogen wurde und ich nicht mehr in der Lage bin, die von mir seit vielen Monaten eingeführte billige Milch zum Preise von 20 Pf. pro Liter weiter zu verteilen. Ich danke an dieser Stelle für das mir seitens der Kundschaft entgegengebrachte Vertrauen und bitte alle meine Kunden, mir die Treue zu halten und sich die von mir geschaffenen Vorteile nicht forcieren zu lassen. Als Schwarzkonkurrenz bezeichnet die Milchhändler-Vereinigung Groß-Duisburg einen ehrlichen deutschen Mann, der seine ganze Existenz für die Preisverbilligung einsetzt. Es ist Tatsache, daß der dem Milchhan-

del zugefügte Schaden von 25 000 RM. ein reiner Verdienst der Verbraucher war, und damit ein Vorteil für das Volk. Ich zahlte dem Erzeuger 15,5 Rpfg. für das Liter Milch, verkaufte diese für 20 Pfennig, gleich 22,5 Prozent Verdienst. Der übrige Milchhandel soweit er selbst kaufkräftig ist, zahlt denselben Preis, verkauft aber zu 26 Rpfg. das Liter Milch, gleich 52,5 Prozent Verdienst. Diesen Verdienstunterschied soll jetzt aber wieder der Konsument tragen. Ich habe nicht gepanacht, ich habe nur hochwertige Milch verkauft, aber ich habe den durch die Reichsregierung eingesetzten Preissturz durchgeführt, dadurch Tausenden meiner Kundschaft, besonders der ärmeren, zum größten Teil erwerbslos, Bevölkerung täglich preiswerte und durch die amtliche Kontrolle als durchaus gut bezeichnete Milch verschafft. Ich habe Gehilfen beschäftigt, diese gut bezahlt und sie aus der Arbeitslosenfülle herausgenommen, ich hatte eine einwandfreie Geschäftsführung, aber ich verkaufte zu billig. Der Zwischenhandel sah sein Dasein gefährdet und ein rücksichtsloser Vernichtungskampf hat mich brotlos gemacht.

Hermann Hammacher.

Hierin schreibt Herr Jarres nicht ein und hält eine Abstimmung nicht für nötig, Was machen die Parteien, besonders die Arbeitervertreter in den Stadtparlamenten.

Hier tut Abhilfe not!

Freunde der Arbeiter- und Bauernpartei helft, daß bei der nächsten Wahl auch wir unsere Vertreter zum Wahlen der Arbeiterwählenden können.



Der hier vorgeschlagene Weg wäre ein Mittel, keine endgültige Lösung. Aber viel wäre geholfen. Nehmen wir nur die Frage des Milchhandels, über die der Industriepolitiker berichtet und stellen wir uns einen Arbeiterhaushalt mit vielen milchbedürftigen Kindern vor, dann wissen wir, was getan werden könnte. Und so wie mit der Milch ist es mit allen anderen Produkten, die wir zunächst in einer Bedarfswirtschaft benötigen.

Hier liegt eine positive Zeitaufgabe für unsere Vertreter in allen Parlamenten der Kommunen. Die Freunde sollen die Möglichkeiten, die in dieser Beziehung an den einzelnen Orten bestehen, prüfen und dann handeln. Diese Aufgaben der Selbsthilfe erleichtern den Kampf in der politischen Tagesarbeit. Wir sollten nicht säumen, wo es möglich ist, die Dinge in Angriff zu nehmen. Selbstverständlich darf über so eine Teillösung hinweg nicht das Ziel vergessen werden. Aber gerade mit dieser wichtigen und fruchtbaren Kleinarbeit muß der Weg gebahnt werden.

1,25 Milliarden Mindereinnahmen der Reichskasse.

Panzerkreuzer werden gebaut, aber die Unterstellungen und Renten radikal gekürzt.

Infolge der ungeheuren Not des werktätigen Volkes bringen selbst die drakonischen Steuermaßnahmen der Brüning-Regierung nicht die erhofften Einnahmen. In der Zeit vom 1. April 1930 bis zum 31. März 1931 ergibt sich an Steuern und Zöllen eine Mindereinnahme von 1,240 Millionen Mark. Dementsprechend ist auch für den neuen Etat mit einer Milliardensumme an Mindereinnahmen zu rechnen, da die Gelder ja nur aus den werktätigen Massen herausgepreßt werden und die Besitzenden nicht belastet werden. Um nun den Ausgleich für die Mindereinnahmen zu schaffen, sollen nicht etwa Panzerkreuzerbauten unterlassen werden, sondern die sozialen Leistungen rücksichtslos abgebaut werden, sollen immer neue Massenbelastungssteuern diktiert werden. Gegen dieses System richtet sich unser Kampf.

Es stinkt nach Petroleum.

Auf dem Petroleum-Markt wird die Krise von Tag zu Tag schärfer. Die amerikanischen Petroleumkönige hatten die Produktion stark eingeschränkt, um die Preise hochhalten zu können. Aber die Entdeckung einiger außergewöhnlich ergiebiger Quellen in Texas, die steigende rumänische Förderung und vor allem der gewaltige Aufschwung der sowjetrussischen Petroleum-Industrie hat alle Pläne über den Haufen geworfen. Während vor einem Jahr für ein Faß hochwertigen Öles in Kalifornien etwa 207 Dollar bezahlt wurden, werden heute nirgends mehr wie 70 Cents bezahlt! Und doch ist das amerikanische Petroleum immer noch teurer wie z. B. das russische. Es bedeutet eine Umwälzung auf dem Petroleum-Markt, daß z. B. vor einigen Wochen russisches Benzin in New York verkauft wurde.

Die „Frankfurter Zeitung“ spricht darum auch mit vollem Recht von einer „Dauerkrise der Erdölwirtschaft“. Die Ka-

pitalisten wollen den Weltmarkt in Zonen einteilen, um ihren Profit zu sichern. Dazu sei Verständigung notwendig, vor allem zwischen England und Amerika, dann aber zwischen den imperialistischen Staaten und der Sowjetunion. Wie diese „Verständigung“ aussehen soll, weiß jeder Werktätige: die Panzerschiffe der Amerikaner und Engländer reden eine deutliche Sprache. Je größer die Schwierigkeiten auf dem Petroleummarkt werden, desto mehr wächst auch der Wille zu einer solchen „Verständigung“. Die Petroleumkrise kündigt neue, schwerwiegende kriegerische Maßnahmen an.

Die täglichen Todeszeugen dieser „Ordnung“.

Täglich 44 Selbstmorde in Deutschland.

Nach der Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts wurden im Jahre 1928 — neuere Zahlen liegen noch nicht vor — 16 036 Selbstmörder im Deutschen Reich gezählt; dem entspricht ein Tagesdurchschnitt von rund 44 Selbstmorden. Eine furchtbare Ziffer. Unter den Selbstmördern befanden sich 12 239 männliche und 4797 weibliche Personen. Eine Vergleichsmöglichkeit bieten die Ziffern der verschiedenen Länder. Es entfielen auf je 100 000 Einwohner in Großbritannien 12, in Frankreich 16, in USA 15 und in Deutschland 39 Selbstmorde.

Vernichtender wie diese Statistik kann nichts gegen diese Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft zeugen. Über 44 Selbstmorde in einem Staate und einer Ordnung, die sich christlich nennt. Wie weit und feinerzweigt muß das Gift dieser Gesellschaftsordnung arbeiten, daß es täglich soviele Menschen auf die zermürbende letzte Stufe des Freitodes bringt. Es wäre interessant, diese Statistik soweit wie möglich ist, nach Gründen für den Selbstmord zu gliedern. Wir zweifeln nicht, daß die Mehrzahl der Tode aus sozialen Gründen erfolgt. Und dann noch Notverordnungen und Abbau der Sozialversicherungen unter dem Rigime eines Zentrumskanzlers. Aber keine Besteuerung der Millioneneinkommen. Diese Ordnung und die Träger dieser Ordnung sind durch ihre eigenen Zeugen gerichtet.

11. Kapitel.

Frühwald teilte auf das Rundschreiben des Provinzials dem Rektor in Waterhuik mit, daß er seit September die Untersekunda des Gymnasiums besuche und im Konvikte untergebracht sei. Er bringe um Nachricht, was er zu beginnen habe.

Jörg Frühwald überließ die Entscheidung über seine Zukunft anderen Händen, mochten sie seine Unentschlossenheit beendigen, je baldere, desto besser. Die Eltern erfuhren nichts von diesem Briefe. Er wollte sie überraschen. Jörg war sich während der Ferien darüber klar geworden, daß es ja doch keinen Ausweg mehr gab er mußte wieder ins Kolleg, ihm bekam die kalte verdorbene Luft des Konviktes nicht, er paßte nicht für das Leben seiner Kameraden. Schmerzlich war ihm nur der Abschied vom Gymnasium. Nie hatten es die Lehrer ihm fühlen lassen, wenn er sich unbeholfen, ungeschickt benahm. Der Unsricher war viel interessanter als der im Kolleg. Da durfte man herhaft fragen, wenn man seine Zweifel hatte. Die Lehrer redeten nie von „ungläubigen“ Dichtern, von „gottlosen“ Menschen. Sie suchten zu verstehen, nicht zu verdammen. Auch der Religionslehrer enthielt sich jeglicher Verurteilung anderer Religionsgemeinschaften... Hatte er mal wieder in Holland bei P. Ewärdus Geschichte, dann war's vorbei mit den freien Anterongen über vergangene Zeiten!...

(Absetzung folgt)

Etern verursachte. Vielleicht wurde Mutter dadurch noch verschö-

licher gestimmt. Hoffungsvoll kehrte Jörg ins Vaterhaus zurück... Die Eltern saßen nach dem Abendbrot beim gemächlichen Schein der Erdleuchte. Der Vater war in seine Zeitung vertieft. Renate Frühwald starrte an ihres Mannes blauer Leinwandjacke.

Jörg kramte sein Zeugnis aus dem Bücherpaket, schob es klopfenden Herzens der Mutter hin. Sie schaute nicht darauf, arbeitete weiter.

„Mutter, da ist mein Zeugnis!“

„Ungehalten blinnte Renate Frühwald auf. „Was schlecht g'ung sein? Wo ist der Witz? — So, nicht mal zu Gut hat's g'angt in Mama-mitk“, buchstabierte die großtunende Frau, die legendäre Suche, ihren Unmut daran auszulassen — „Jort mit, Was hat der überspannte Professor für 'ne abscheuliche Handschrift. Bist scheint's bei netten Lehrern, verkrachteter Klosterklingel!“

Wortlos schlich Jörg hinaus, suchte seine Kammer auf. Lange stand er am niederen Fenster und starrte in die Nacht. Ein heftiger Sturm tobte um das Haus. Für Augenblicke beach der Mond durch's Gewölk, beleuchtete ein tolles Scherweben.

Frühwald rang mit neuer Verzweiflung. Was hatte er verschuldet, daß er friedlos umherirrte, daß ihm die Heimat keinen Frieden, keine Ruhe gab? Weshalb traf ihn der Mutter Zorn immer von neuem? Nun war er ein paar Stunden ruhlos und schon herrschte wiederum Zank und Streit. Kam erst Engelbert, der auf dem Heuberg als Krankenschwäger ausgebildet wurde, am heiligen Abend, dann konnte es ein schönes Weibwerden werden, ganz zu schweigen von den Briefen der Geschwister im Kloster, wenn sie erfuhren, daß er sich nicht im Kolleg befand...

Einer saß unten in der Stube, der's allein gut mit ihm meinte: Der Vater schimpfte niemals, er stand auf seiner Seite. Doch was sollte er ausrichten gegen Mutter, gegen Engelbert? Wenn Vater am Abend milde heimkehrte von der Fabrik, so wollte er seine stille Brände für ein Buch, für eine Zeitschrift, schweig still.

Unbegreiflich, daß die Mutter gegen alles, was die Welt bezaubert, so furchtbare Anklagen vorbrachte. Sie konnte nicht oft genug betonen, wie sehr sie es bereue, in der Jugend nicht ins Kloster gegangen zu sein. Hatte sie denn eine Ahnung, was sie hieß, sein Leben hinter Klostermauern zu verbringen, sagte sie nur so, um ihm das Gymnasium, die weltliche Schule damit zu verleiern?

Frühwald fand keine Antwort.

Weshalb war er ein „Tunichtgut“, ein „Verkrachter“ in ihren Augen? Gönnte ihm kein gutes Wort, seit er in Husingen weilte?

War's nicht besser gewesen, ehrlich einzugehen, daß er nicht im Kloster bleiben, sein Leben nicht unglücklich machen durfte durch einen verfehlten Beruf. Indessen — ehrlich, Jörg! „Bist du zufrieden mit der jetzigen Lage, mit deiner Schule?“ — Gewiß, er hatte gute Lehrer gefunden. Der Ordinarius verstand es großartig, seine Schüler zu selbständiger Arbeit zu erziehen. Er ließ sie die große deutsche Not schauen; die furchtbare Geißel des Bruderzwistes im deutschen Lande in Sachen, die es gerade am innigsten verbinden sollten: in Religion und im nationalen Denken. Die Geschichtsanenden gaben Frühwald erschütternde Einblicke in seines Volkes tiefstes Wesen. Oft ersippte er sich beim Gedanken, daß der häusliche Friede wohl auch deswegen geschwunden sei, weil die Mutter ohne jeden Grund anstimm, ihr Jörg habe seinen Glauben, seine Liebe zur Kirche treulos von sich geworfen...

Nagender Zweifel fraß an dem Jungen. Er stand noch immer am Fenster, starrte in die Winternacht, spürte nicht die eiseige Kälte.

War sein Leben in Haldendorf nicht eine große Enttäuschung geworden vom ersten Tage an? Das Kleinliche, nützlich Getriebe im Konvikte nahm ja alle Freude. Er war gerade gut genug für die Dummheit und schlechten Witze der Mitschüler, Freunde, die es ehrlich meinten, heaß er nicht! — „In Waterhuik war's doch besser!“ — Wieder klang sie auf, die Erinnerung an die Freuden des Kollegs! Warum ging er nicht zurück, weshalb sollte er nicht eingesehen, daß er sich zurückziehen? Wie es wüßte, an der klaren Überlegung zerrte, dieses Fochen der Sehnsucht nach Ruhe, nach Frieden: Es verlangte ihn nicht zu den Regeln des Kollegs, es mahnte ihn nicht an Kloster, gelüstete ihn nicht zum Ordensberuf! Sein enträuschetes Herz wollte nur eintauschen in friedliche Stimmungen, er wollte nicht länger als der eckige, blöde, unwissende „Klosterling“ angesehen werden...

Daß einst dasselbe Wühlen und Grübeln jammernd um Befreiung gebettelt hatte aus benependen Fesseln der Klosterwände, daß einst über Glut den Leib durchstrast, die Seele zu versengen drohen, daran dachte Jörg nicht in dieser Stunde.

Leise klickten die Fensterscheiben; von der Vogesenfront drangen schwere Artilleriegeschläge herüber...

Der Rückweg war so leicht! In vierzehn Tagen konnte er wieder ins Kolleg fahren. Alle erwarteten ihn. Pock fragte an, wann er in Haldendorf ankäme, er wollte ihn erwarten, mit ihm zusammen

Die Kirche für Sozialismus.

Eine neue Enzyklika des Papstes. — Eine bedeutende Kanzelrede des Jesuiten P. Bichleir. — Das siebente Gebot steht nicht gegen Vergemeinschaftung von Produktionsgütern und Geldinstituten.

Man weiß aus Rom, daß schon seit längerer Zeit dort eine Enzyklika vorbereitet wird, die weit über die Enzyklika Leo des XIII. hinausgeht. Nun verlautet, daß diese Enzyklika grundsätzlich die Frage des Privateigentums heraufstellt und festlegt, daß das 7. Gebot nicht gegen die Vergemeinschaftung der Produktionsmittel und Geldinstitute ist. Als eine bedeutsame Vorsprache dieser Enzyklika gelten nicht nur die grundsätzlichen Ausführungen des Prager Erzbischofs, sondern auch eine Kanzelrede des Jesuiten Bichleir. Diese Kanzelrede des einflußreichen Jesuiten ist ein Beweis, wie die Entwicklung in den europäischen Völkern durch den Kapitalismus und das Vorwärtsdrängen des Sozialismus die kirchlich verantwortlichen Kreise dazu zwingt, sich vom kapitalistischen Systeme abzuwenden und die Wahrheiten des christlichen Sittengesetzes mit den Wahrheiten des Sozialismus zu verbinden. Da Bichleir den einflußreichen Kreisen im Vatikan nahesteht, kann man annehmen, daß seine Stellung mit der der kommenden Enzyklika in Obereinstimmung ist. Die Enzyklika soll schon die nächsten Tage oder Wochen erfolgen. Damit würde besonders in Deutschland in der bisherigen Politik ein vollständiger Umschwung einsetzen. Die Zentrumslehre von den „Gesetzen des Kapitalismus, denen man sich beugen müsse“ und die Phrase von der Unvereinbarkeit von Sozialismus und Christentum werden hiermit von Rom aus über den Haufen geworfen. Wir haben die Genugtuung, daß wir heute, nach einem jahrzehntelangen Kampfe um diese Begriffe, auch von dieser Seite aus gerechtfertigt werden.

Wir bringen hier einen Auszug aus dieser Kanzelrede: „Die Vorschläge des Direktors des internationalen Arbeitsamtes haben mit Recht allgemeine Enttäuschung hervorgerufen. Sie reichen nicht an die Wurzel des Problems heran.

Die Wurzel der Weltwirtschaftskrise ist zu suchen in der Krise des Privateigentums.

Welches sind die Ursachen der heutigen Privateigentums-krisis?

1. Die einseitige Verteilung des Eigentums an Kapital und Produktionsgütern.
2. Die dadurch bedingte ungeheure Macht Einzelner.
3. Die weitgehende soziale und wirtschaftliche Abhängigkeit Allzvieler und die dadurch bedingte Unsicherheit und Unzufriedenheit.
4. Der bewußte Mißbrauch des Privateigentums zur Ausbeutung wirtschaftlich abhängiger Menschen.
5. Die Gefährlichkeit der übermäßigen Kapitalanhäufung und der Unmöglichkeit, solche Machtmassen noch zu überschauen und in ihrer Auswirkung zu beherrschen.

Welche Stellung sollen wir vom religiös-sittlichen Standpunkte aus zu diesen Tatsachen beziehen?

Das siebente Gebot schützt gewiß das Eigentum, stellt sich aber nicht gegen eine weitgehende Vergemeinschaftung von Produktionsgütern und von Geldinstituten. (Verstaatlichung der Produktionsgüter und der Banken also! D. R.) Wenn das Gemeinwohl dies erfordert. Es sei besonders auf die diesbezüglichen Ausführungen des Prager Erzbischofs Dr. Cordac verwiesen.

Falsch wäre es, grundsätzlich alles Privateigentum in Gemeinbesitz überführen zu wollen. Doch gibt es heute nur noch wenige, die dieses verlangen. Es handelt sich um Vergemeinschaftung einzelner Arten von Eigentum, z. B. die Produktionsgüter und lebenswichtigen Betriebe. Der Einzelne kann diese großen Produktionseinheiten nicht mehr beherrschen, seine Herrschaft wird gemeingefährlich. Es muß eine höhere Macht die Sache in die Hand nehmen, die Gemeinschaft, der Staat.

Mit dieser Forderung nach Vergemeinschaftung von Produktionsgütern braucht keine Religionsfeindlichkeit verbunden zu sein. Man kann es nicht tief genug bedauern, daß von kurzsichtigen Menschen diese Fragen mit Stellungnahmen zu Weltanschauungsfragen verquittet werden. Das ist die größte Torheit, die es geben kann. Das wäre wahre Staatsweisheit und auch wahrhaft christlich, mit wirtschaftlichen Argumenten über diese wirtschaftlichen Dinge zu reden. Mit den Bestrebungen in dieser Richtung müßte ein Kampf gegen Religion, gegen die christliche Auffassung von Erziehung und Ehe nicht notwendig verbunden sein! So aber wird das Weltanschauliche immer darzwischen geworfen und darum kommen die Menschen zu keinem einheitlichen Vorgehen.

Die Welt hat die Worte Leo XIII., die für seine Zeit gesprochen waren, in den Wind geschlagen. Aber immer noch lebt der Papst, und er wird bald wieder sprechen. Das letzte Wort in dieser Krisis wird die Kirche sprechen.

Also, die Anerkennung der Vergemeinschaftung der Produktionsmittel durch den Staat, wie die Anerkennung der Verstaatlichung der Banken durch den Staat darf von der kath. Kirche demnächst erwartet werden. Damit schließt die kath. Kirche das offizielle Bündnis mit dem Sozialismus — eine neue Epoche der Geschichte beginnt. Mit dem alten Zentrumslehrenhüter darf nun eingepackt werden. Und jene, die uns bisher als „Ketzer“ verhasst haben, müssen wohl oder übel ihren sturen, veralteten, kapitalistischen Standpunkt verlassen.

Uns aber muß diese neue Etappe nur neuer Ansporn sein, weiter in den christlichen Kreisen vorzutreiben mit der Fahne des christlichen Sozialismus, um endlich jene Einheitsfront zu bilden, in der nicht Weltanschauungsfragen immer darzwischen geworfen werden, in der keine Religion mißbraucht wird für den Kapitalismus, sondern wo jene Front gebildet wird, die es ermöglicht, daß die Mehrheit der Menschen zu einheitlichem Handeln auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete kommen werden!

Proleten schreiben!

Proleten unter sich. — Rückschau, Ansehn!

In den letzten Monaten hatte man des öfteren Gelegenheit, im „N. V.“ unter dem Stichwort „Proleten schreiben“ die verschiedensten Artikel zu lesen. Sowohl politische Überzeugung in Frage kommt, darf man wohl die berechtigte Auffassung haben, daß die Schreiber der Artikel im Rahmen unserer Partei eine Linie verfolgen. Bei sorgfältigem Studium der Artikel wurde man bei einigen derselben jedoch das Gefühl nicht los, daß die Arbeitskollegen Kritik an Gewerkschaften und deren Vertreter üben, trotzdem sie anscheinend gewerkschaftlich nicht organisiert sind. Vielfach wurden Fehler verallgemeinert, wo eine konkrete Behandlung des Falles viel besser gewirkt hätten denn wenn wirklich Fehler gemacht worden, — und welcher Mensch macht denn keine —, so kann man doch nicht verallgemeinern. Hinzu kommt noch, festzustellen, ob bewußt Fehler gemacht werden. Was jemand für unrichtig und falsch ansieht, braucht deshalb doch noch nicht direkt falsch zu sein. Mit bloßen Kombinationen und Vermutungen soll man jedoch vorsichtig sein. Leider glauben viele Arbeitskollegen, die Anhänger unserer Partei sind, daß mit der Zugehörigkeit zu unserer Partei auch ihre wirtschaftlichen Belange genügend gesichert seien. Wenn dem so wäre, dann hätten ja die „Nazi“ recht, welche in diesem Jahre besonders stark versuchten, in die Betriebsräte der Werke einzudringen, was ihnen ja auch hier und da mit einigen Mandaten gelang. Es würden dann letzten Endes die Arbeiter eines Werkes, also die Werksangehörigen, nicht mehr über ihre Belange mitsubereitern und mitsubestimmen haben, sondern irgendeine Parteiführung setzte ihre Ziele durch, z. B. ein pensionierter General etc., der niemals eine Fabrik von innen gesehen hat, bestimmt als Parteigewaltiger die Richtlinien für den Betrieb, dem sich die Funktionäre unterzuordnen hätten. Beispielsweise könnten die maßgebenden Führer der Partei ja auch Industrielle sein. Bei einigem Nachdenken ergeben sich da die schönsten Perspektiven. Die Arbeitgeber hingegen denken ganz anders. Nach Dr. Herbert Hoffmann von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Berlin hat diese Vereinigung in ihren Satzungen festgelegt, daß jeder Arbeitgeber grundsätzlich zwei Organisationen, — einer fachlichen und einer gemischt-gewerkschaftlichen, — angehören soll, das heißt also, daß er außer einer politischen Orientierung grundsätzlich noch zwei wirtschaftlichen Verbänden angehören soll. Wer etwas Einblick in die Wirtschaft hat, wird bestätigen, daß dies auch meist der Fall ist. Hoffentlich denken manche Arbeitskollegen über das Gesagte nach und ziehen ihre Konsequenzen daraus. „R.G.O.“

liest und hört man in letzter Zeit viel. Es ist ein Zusammenschluß von Arbeitern, denen die Beiträge der länger bestehenden Gewerkschaften zu hoch sind und glauben, soviel bekannt, mit einem Wochenbeitrag von 30 Pfg. oder ähnlich die Voraussetzungen zur Vertretung der wirtschaftlichen Belange der Arbeiterschaft schaffen zu können. „Rote Gewerkschafts-Opportunisten“ ist der volle Name und wird von kommunistischer Seite geleitet. Entstanden ist sie aus der Opposition von Mitgliedern der freien Gewerkschaften. Wenn sie noch dasjenige wäre, was der Name sagt: „Gewerkschafts-Opportunisten“, allerdings im Gebilde der freien Gewerkschaften, dann könnte sie unter Umständen noch gute Dienste leisten; es ist aber ein Unding, mit 30 Pfg. Wochenbeitrag wirtschaftliches und geistiges Rüstzeug für eine Gewerkschaft erzielen zu können. Jedem überzeugten Gewerkschaftler ist es klar, daß eine Gewerkschaft letzten Endes eine Kampforganisation ist, die im gegebenen Falle den Kampf mit der Gegenseite ausfechten muß; im äußersten Falle mit finanzieller Unterstützung der Mitglieder. Für wirtschaftliche Belange gehören vor allen Dingen wirtschaftliche Mittel, also Geld oder Geldwerte, sowie zum Austrag der Gegensätze Führerpersönlichkeiten, die die Organisation im geistigen Austrag des Kampfes vertreten können. Es wäre ja nun sehr angenehm, wenn man diese Voraussetzungen mit einem billigen Beitrag beschaffen könnte. Für uns Gewerkschaftler steht es aber fest, daß dies nicht möglich ist. Unseres Erachtens ist es ein Verbrechen, Arbeitskollegen mit solchen Versprechungen in Sicherheit zu wiegen. Die Gewerkschaft, mag sie heißen wie sie will, die 30 Pfg. Beiträge wie 30 Pfg. u. ä. nimmt, ist keine Kampforganisation, sondern eine Menaschenfallschleimart. Die Anhänger solcher Ideen tun wirklich gut, auch diese 30 Pfg. noch zu sparen; es läuft ja letzten Endes immer darauf hinaus, daß der Beitrag zu hoch sei. Einen Beitrag von 1 Mark, 1,30 Mark und mehr wöchentlich spüren wir auch sehr an unseren Ausgaben; dabei verblühen es noch, wissen zu müssen, daß wir für viele mitzählen müssen die an der Ernte teilnehmen. Diese Ausführungen sollen zum Nachdenken anregen. Es dürfte eigentlich keinen Anhänger der Arbeiter- und Bauernpartei geben, der nicht auch einer Berufsorganisation angehörte; einer Organisation allerdings die unabhängig vom Arbeitgeber und mit den Zielen des höchstmöglichen Schaffung der Voraussetzungen für den Erfolg ihrer Aufgaben auftritt. Zum Schluß noch eines: Wenn Gewerkschaftsführer Fehler machen — bewußt sogar —, packt sie, ganz gehörig, auch uns schon man nicht im Betrieb, aber verallgemeinert niemals die Fehler.

Bergisch-Gladbach.

Paul Kürten.



Werte Freunde!

Heute habe ich Euch eine Mitteilung zu machen, die Euch vielleicht überraschen wird. Wie Euch bekannt sein dürfte, haben auch hier in Mülheim-Ruhr auf den Thyssenwerken die Betriebsratwahlen stattgefunden. Bei der Aufstellung der Kandidaten ist man von Seiten der sogenannten Roten Gewerkschaftsopposition an mich herangetreten mit der Frage, ob ich eine Kandidatur auf ihrer Liste annehmen würde. Es war für mich eine Überraschung, ich hat mir Bedenkzeit aus, denn ich wußte im voraus, daß ich mich wieder gewaltigen Anstrengungen aussetzen würde, zumal es hier in Syrum kaum einen Arbeiter, auch in anderen Berufsklassen einen gibt, der mich in wirtschaftlichen, politischen und Weltanschauungsfragen nicht kennt. Es drängte sich mir der Gedanke auf, wenn es Dir ernst ist mit dem Kampf für Menschenrechte, dann darfst Du diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ich habe zugestimmt, ja gesagt. Ich habe verschiedenen Sitzungen der RGO. beigewohnt, habe dort meine grundsätzliche Stellung in wirtschaftlichen, politischen und Weltanschauungsfragen klargelegt. Besonders aber meine politische Stellung habe ich insofern grundlegend dargelegt, daß ich der Arbeiter- und Bauernpartei, früher CSRP, Vimus Heller-Bewegung, angehöre, und kein Haas breit von dieser Richtung abweiche. Ich habe gesagt, wenn ihr euch mit dieser meiner Stellung einverstanden erklärt, nehme ich die Kandidatur an. Es wurde mir dann auf Grund meiner Ausführungen die Spitzenkandidatur angeboten. Am Sonntag, den 29. März fand in Essen eine Konferenz der Betriebsräte RGO. von Nordwest statt, zu der ich auch bei freier Fahrt eingeladen wurde. Es waren zirka 500 Delegierte anwesend. Auch hier habe ich in längeren Ausführungen meine grundsätzliche Stellung kundgetan. Mit großem Beifall wurde meinen Ausführungen zugestimmt. Hinweisen will ich noch auf unsere Versammlung in Mülheim, von der ich auf dem Parteitag in Düsseldorf gesprochen habe. Freund Feltrin wird sich dessen besinnen können. Für diese Versammlung hatte ich das Referat über „Wirtschaftspolitische Fragen der Gegenwart“ bei freier unbeschränkter Aussprache übernommen. Auch hier waren RGO-Leute anwesend und haben in der Aussprache bejaht, was ich gesagt hatte. Nachdem nun die Wahlen getätigt waren, die Gewerkschaften eine Niederlage und Stimmenverlust seit vorigem Jahr, die RGO. einen Stimmenzuwachs aufweisen konnte, setzte gegen mich ein Toben ein, das mit Worten kaum wiederzugeben ist. Sonntag morgens sogar vor der Kirche konnte man die Aufregung nicht beherrschen, man wollte sich dafür einsetzen, daß ich aus dem Kirchenvorstand heraussäme, den hier in Mülheim amtierenden Gewerkschaftssekretär Schönen wollte man gegen mich mobilisieren. Selbst die katholische Zentrumszeitung „Mülheimer Volks-Zeitung“ hat es sich nicht nehmen lassen, in gehässiger Weise, wie schon mehreremale Giftspritzer gegen mich loszulassen, die leider an mir abgeprallt sind und haben die bedauert, die sie abgeschossen haben. Beiliegend ein Exemplar dieses Giftspritzers. Nachdem nun der beiliegende Artikel erschienen war, schrieb ich einen Gegenartikel, ging zur Redaktion genannter Zeitung und verlangte eine Veröffentlichung meines Berichtes. Nachdem der anwesende Redakteur diesen Gegenartikel gelesen hatte, sagte er wörtlich: „Selbstverständlich wird dieser Gegenartikel veröffentlicht, schon aus dem einfachen Grunde, weil aus keinem Wort hervorgeht, daß eine Beleidigung oder Verächtlichmachung einer Person anzunehmen ist und der Inhalt so sachlich geführt ist, wie er nicht besser sein kann.“ Das war am Mittwoch vor Ostern; bis jetzt ist er, mein Gegenartikel, aber noch nicht erschienen. Sollte mein Bericht im Laufe dieser Woche nicht erscheinen, so werde ich mich mit allem Nachdruck bei der Redaktion vorstellen. Ich werde Euch in den nächsten Tagen eine Abschrift meines Berichtes zuschicken. Ich habe ihn in doppelter Auflage geschrieben. Jetzt bitte ich Euch, mir klar und deutlich mitzuteilen, wie Ihr über mein Vorgehen in Bezug auf die Betriebsratwahlen urteilt, ob ich Recht getan habe oder Unrecht. Es mag sein, daß mein Vorgehen selbst unter unseren Parteifreunden, wenn es mehr in die Öffentlichkeit kommt, hier und da Mißstimmung geben wird. Der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit hier am Ort sehe ich mit der größten Ruhe entgegen. Ich habe in den letzten Tagen bei irgend einer Gelegenheit mich mit einem kathol. Geistlichen, der mich innerhalb zur Rede stellte, unterhalten. Mein Begründung war so schlagfertig, daß er mir nichts entgegenzusetzen konnte. Ich werde in den nächsten Tagen wieder bestimmt Gelegenheit haben, mich mit diesem Herrn über diese Frage zu unterhalten. Ich werde wissen, was ich zu tun habe. Joh. Penslak.

Anmerkung der Schriftl. Unter dem Stichwort „Proleten schreiben“ kommen unsere Freunde rückhaltlos und ohne Bindung zu Wort. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, nur „parteidogmatisch“ zu sprechen und zu schreiben. Unsere Überzeugung ist, daß über unseren konsequenten politischen Kampf hinaus unsere Aufgabe und Arbeit übergreifen muß auf alle Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Wenn hier einfache, im gewerkschaftlichen Kampf stehende Proleten zu Wort kommen, so hat das keinen Anspruch auf Gültigkeit für die Gesamtpartei. Vielmehr wird damit erst die Diskussion ausgelöst, die in jedem Falle für die gemeinsamen gewerkschaftlichen, sowie aber auch politischen Notwendigkeiten des arbeitenden Volkes fruchtbar sein muß. Die vorstehenden Ausführungen der beiden Gewerkschaftler stehen sich scheinbar entgegen. In Wirklichkeit haben aber beide dasselbe Ziel: einen gerechten und konsequenten Kampf zu führen für eine Besserstellung des arbeitenden Menschen.

Die Partei als politische Partei kann keinen einseitig gebundenen gewerkschaftlichen Standpunkt einnehmen. Sie hat in ihren Reihen christliche, freie sowie auch oppositionelle Gewerkschaftler. Ihre Aufgabe wird es sein, über die gewerkschaftlichen Differenzierungen die gemeinsame politische Aufgabe in den Vordergrund zu stellen. Zu dem ganzen Fragenkomplex haben nach wie vor unsere Freunde das Wort.

Jede Nummer unseres Kampfblattes ist auch Werbepubl.

Werbe neue Leser! Gebe dein gelesenes Blatt weiter. Fordere Werbematerial an!

Die Kriegsoffer protestieren.

Der 26. April 1931 gehörte den Kriegsoffern. Im ganzen Reich fanden an diesem Tage große Kundgebungen statt. Auch Würzburg sah eine solche, veranstaltet vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Ein Aufmarsch von solicher Wirkung, da kamen sie zusammen aus dem ganzen Kreis, Wagen auf Wagen rollte an, Scharen von Männern, mit den vielen Merkmalen des vergangenen Krieges, vom Leid durchforchte Gesichter, durchzogen die Stadt, dazu die Witwen und manches alte Mütterlein, die alles, ihren Ernährer verloren hatten. Sie fanden sich ein und Tausende füllten einen Saal, der bald zu klein war, sie alle zu fassen, so daß ein weiterer großer Saal die übrigen aufnehmen mußte.

Und wozu das alles, was wollten diese Menschen, heute 15 Jahre nach dem Krieg? Diese Frage hat sich vielleicht mancher gestellt, der längst vergessen hat, daß einmal vier Jahre waren, die unermessliches Leid für so viele bedeuteten, die Wunden schlugen und Krankheit und Siedtum brachten für Hunderttausende, die nun ihres Lebens nicht mehr froh werden. Was diese Menschen wollen? Sie, die Opfer nationalstaatlichen und militaristischen Wahnsinns, sie protestieren gegen die geplanten Abbaumaßnahmen einer Reichsregierung, die Panzerkreuzer baut und Wehrtat bewilligt, die Mittel hat für kommenden Krieg und Mord, die aber die Opfer des Krieges vergessen hat, durch „Novverordnungen“ bereits gewaltige Abstriche am Versorgungsetat machte und weitere Kürzungen der Versorgungsbezüge befürchten läßt. Die Reichsregierung bewegt sich hier vollständig in den Bahnen einer gewissen Presse, die nun schon seit Jahren als Speerorgan Industrieller und Wirtschaftskreise den Kampf gegen die Sozialversicherung führt und besonders wird die Pflicht zur Versorgung der Kriegsoffer immer mehr als soziale Last empfunden.

Doch halt, wie war es doch zu Zeiten eines frisch-fröhlichen Krieges, damals, wo man täglich daran denken mußte, daß erst diese ungeheuren Opfer an Blut und Leben gebracht werden mußten, wenn die Heimat nicht ein Trümmerhaufen werden sollte, ja damals mag es wohl gewesen sein, wo den jugendlichen Spielern und den Harnpatrioten die Angstspare entfiel: „Das Vaterlandes Dank ist euch gewiß“. Damals hat es auch keinen Haarschub gegeben, der die Ausgaben für Kriegsofferverversorgung zu hoch gefunden und den Anschluß der 30 und 40 v. H. Erwerbsgeminderter verlangt hätte. Doch das ist ja schon lange her und man will heute an dieses Versprechen, das man sich übrigens hätte sparen können,

denn die Kriegsoffer verlangen nur ihr Rechte von diesem Staate, nicht mehr erinnern werden.

Man mache in dem Kampf gegen die Sozialversicherung nicht halt vor der Kriegsofferverversorgung, man verlangt Abbau und Einschränkung, wo sich so viele aus Verzweiflung und Elend das Leben nehmen. Man berichtet in der Presse von ausreichender Versorgung der Kriegsoffer und verschweigt, daß z. B. ein Beinamputierter mit 30% Erwerbsbeschränkung in Orntklasse B im Monat 31,11 RM. erhält, ist er verheiratet und hat 1 Kind, so bekommt er 40,44 RM. Man hat bis heute nicht dafür gesorgt, daß besonders die innerlich Beschädigten, die Lungenkranken zu einer gesunden Wohnung kommen und es ist wohl diesen gewissenlosen Ruffern nach Abbau der Versorgung nicht bekannt, welches ungeheure Elend dort zu finden ist, wo die Lungenkranken in engen, ungesunden Wohnungen und Mietskatenen hausen.

Hier, deutsche Reichsregierung, gib es nichts abzubauen, wenn schon eingeschränkt werden muß, dann dort, wo es längst hätte geschehen müssen, bei den Pensionären und ehemaligen Genetilen, die heute als gesunde Menschen Pensionen beziehen, die mit der Not der Kriegsoffer nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Reichskanzler Brüning sagte, die Not muß gemeinsam getragen werden, das ist gewiß auch die Meinung der Kriegsoffer und sie fordern nichts anderes, ja sie warten seit langem darauf und werden für die Einlösung dieser Worte mit doppelter Kraft kämpfen.

Ein großes Plus aber konnten diese Massenkundgebungen der Kriegsoffer noch verzeichnen, weil sie nicht nur die Forderungen auf materielle Versorgung stellen, sondern darüber hinaus eine gewaltige Kundgebung für den Frieden waren. Der Reichsbund hat sich den Dank aller wirklichen Friedensfreunde verdient, weil er nicht nur programmatisch die Arbeit für den Völkerfrieden festgelegt hat, sondern diesen Programmpunkt auch wirklich in die Tat umsetzt und seine Massenkundgebungen benutzt, um für den Frieden zu werben. Noch wirksamer wird diese Friedensarbeit dadurch, weil er den Weg gefunden hat zu den Kriegsoffern der ehemals feindlichen Staaten und jede Gelegenheit benutzt, um mit ihnen für die Erhaltung des Weltfriedens zu demonstrieren. Seine Forderung nach Erziehung unserer Jugend im Geiste des Friedens, der Aufmarsch der hunderttausende von Männern, die das schreckliche Gesicht des Krieges in seiner ganzen Grausamkeit kennen lernten, gibt die Hoffnung, daß es doch noch gelingt, den Kriegsgewalt von Hakenkreuz und Stahlhelm zu vernichten. Sie in diesem Kampfe zu unterstützen und unserer Jugend ein zweites 1914/18 zu ersparen, das muß die Aufgabe aller Friedensfreunde sein.

M. B.

Unsere Arbeit ist nicht „Verdienst“ sondern Dienst. Hilfe mit unsere Arbeit zu fördern. Gebe auch deinen Beitrag für unseren Kampf!

sofort für Rechnung der Kreiskasse zu verkaufen, da die vorhandenen Eisen- und Straßenbahnen, sowie Post- und Verkehrsautos dem Landrat eine hinreichend billige und schnelle Verkehrsmöglichkeit bieten. Es ist anzunehmen, daß unsere derartigen Anträge eine Mehrheit nicht finden, dann ist aber der ganze Etat abzulehnen, auch in dem Falle, wenn durch unsere Ablehnung eine zwangsweise Etatisierung durch die Regierung drohen sollte. Eine Einigung der verschiedenen Parlamentariergruppen zu gleichmäßigem Vorgehen wäre zu begrüßen.

Ferner wurde über die kürzlich erfolgte Ausschließung eines Freundes aus der Partei verhandelt, der in seiner Eigenschaft als beigeordneter Bürgermeister, trotz mehrfacher Verwarnung, wiederholt gegen das Parteiprogramm verstoßen hatte und dabei die Frage daran geknüpft, ob es bei den Widersprüchen zwischen einer besetzten Stellung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung heute noch rassem erscheine, Parteimitglieder in derartige Positionen zu delegieren? Diese Frage wurde einstimmig mit einem starken „Ja“ beantwortet, weil die Weigerung des Betroffenen zur Durchführung einer zwar gesetzlichen aber unsozialen Tat, gerade durch die behördlicherseits vorzunehmende Entlassung aus dem betreffenden Amt, ihre allseitige moralische Wirkung zu unseren Gunsten sicherlich nicht verfehlen würde.

Die ganze Verhandlung ließ klar erkennen, daß die immer mehr zunehmende wirtschaftliche Verelendung von unseren Delegierten in den Kommunal-Parlamenten durchgreifende Taten verlangt. Mit einer Stellungnahme „als ob“ oder mit einer ausweichenden Redensart: „Wir müßten doch anständig bleiben und nicht durch Stellung unerfüllbarer „Anträge uns mit den Kommunisten identifizieren“, bleiben wir unbeachtet im „stillen Winkel“ sitzen, weder gefürchtet noch geschätzt, wie ein Teilnehmer sehr richtig bemerkte. Die Gegenwart verlangt von den Vertretern zur Propagierung unserer christlich-radikalen Grundsätze einen starken Charakter, Mut und Unerschrockenheit. Nur allein hierdurch ist eine Verbesserung unserer Parteibasis zu erwarten und wird es von dem zukünftigen Verhalten der Parlamentariermitglieder abhängen, ob die DABP bei der kommenden Revolutionierung der Gesellschaft ein mitbestimmender Faktor sein kann.

Ortsgruppe Aachen. Unsere Monatsversammlung findet am Freitag, den 8. Mai, 1931, 7 Uhr, im Restaurant „Zur alten Post“, Jakobstraße 28, statt. Tagesordnung: 1. Vorbereitung großer öffentlicher Versammlung im Mai, in der unser Parteiführer Virus Heller sprechen wird. 2. Besprechung der politischen Tagesereignisse.

Landesverband Westfalen

Liebe Freunde, ich muß wieder mahnen. Zunächst führe ich die Gruppen an, die seit der Kassensprüfung am 9. 11. 30 ihre Beiträge abgeliefert haben. Der Zweck soll der sein, daß die Freunde in den Ortsgruppen sehen, wann und wieviel Geld von ihren Gruppen abgeliefert wird. Am 20. 11. 30 Dortmund 15 RM.; 1. 12. 30 Bochum-Langendreer 30 RM.; 10. 11. 30 Schwelm 17,55 RM.; 29. 12. 30 Warstein 12,75 RM.; 31. 12. 30 Drolshagen (Bennlepe) 7,50 RM.; 2. 1. 31 Gelsenkirchen (Rothhausen) 4,87; 17. 1. Haspe 7,--; 31. 1. Gelsenkirchen 7,35; 5. 2. Gladbeck 30,--; 14. 2. Bochum 4,--; 1. 3. Clieve 7,25; 2. 3. Drolshagen 6,--; 3. 3. Schwelm 20,--; 16. 3. Dortmund 30,--; 29. 3. Waltrop 17,--; 4. 4. Wanne-Eickel 4,95 RM. Wo bleiben die übrigen Gruppen? Ich vermisse besonders Böttrop, Hagen, Boele, Schwerte, Witten, Meppen, Anröche, Buer und noch so verschiedene kleine Gruppen. Wenn wir vorwärts kommen wollen, Freunde, dann muß das aufgehört werden. Dieser Schindrian sieht wahrhaftig nicht nach neuem Volk aus. Es ist gewiß die heutige Zeit schwer, die Beiträge hereinzubekommen, da die Arbeitslosigkeit ein großer Hemmschuh für uns ist. Aber glauben die Freunde, dieses wäre nicht in jeder Gruppe so? Ich kenne einen Freund, der ist schon lange erwerbelos, hat 7 Kinder und ist der pünktlichste Zahler. Freunde, hier ist Opfergeist, eifern wir diesem Freunde nach und unsere Sache wächst und gedeiht ganz bestimmt, und wir können unsere Verpflichtungen erfüllen. Postcheckamt Dortmund Nr. 30769.

Der Landeskassier: Franz Schirmer, Schwelm, Bahnhofstr. 71.
Schwelm. Liebe Freunde! Ich bitte dringend, daß diejenigen Freunde, die Bildkarten, pro Stück zu 1 RM., erhalten haben, am Sonntag, den 10. Mai, vorm. zwischen 11 und 12 Uhr, bei mir in der Wohnung abrechnen. Folgende Freunde haben Karten erhalten: Löffler 5 Stück, Bunsie 4 Stück, Blasius 6 Stück, Schmidt 8 Stück, Danzig 5 Stück, Umbach 3 Stück, Wellmeier 9 Stück, Schirmer 6 Stück, Summa 46 Stück. Die Freunde, die noch nicht abgerechnet haben, bitte ich dringend, dieses am 10. Mai zu besorgen, damit bis zum 15. Mai die Sache in Würzburg geregelt ist. Entweder Geld oder Karten zurück.
Franz Schirmer

Aus verwandten Bewegungen.

Internationales Jugendtreffen in Lüttich.
In der Zeit von Freitag, den 22. bis Montag, den 25. Mai 1931 (Pfingsten) findet in Lüttich (Belgien) das diesjährige internationale Grenztreffen der deutschen, holländischen, französischen und belgischen Friedensorganisationen statt. In Verbindung mit diesem Grenztreffen findet an den beiden Pfingsttagen ein besonderes internationales Jugendtreffen statt. Für dieses Jugendtreffen ist folgendes festgelegt:
Pfingstsonntag:
Vormittags: Referate je eines Vertreters der deutschen, holländischen, französischen und belgischen Jugend. (Für Deutschland spricht: Stud.-Ass. Hein Heberer.)

Aus der Bewegung.

Landesverband Bayern

Nürnberg. Nun ist auch in Nürnberg der Anfang zu einer Organisation der Partei gemacht. Freund Reichwein aus Würzburg war am Samstag dort und hat vor den Freunden aus Nürnberg gesprochen. Die Mitglieder, die bereits der Partei beigetreten sind, sowie sonstige Freunde unserer Sache werden sich nun in gewissen Abständen zu gegenseitiger Aussprache treffen. Wer dieses Interesse hat, wende sich an Freund Rudi Kaufmann, Nürnberg, Mathildenstr. 22, der Näheres mitteilen wird.

Ortsgruppe München. Am Donnerstag, den 7. Mai findet unsere nächste Monatsversammlung statt. Lokal: Rest. Aibl, Müllerstr. 55. Kommt alle! Nähestehende und „N.V.“-Leser sind jederzeit willkommen und zur Mitarbeit eingeladen.

Achtung! Aus Gründen planmäßiger Propagandarbeit werden alle Einzelleser und -Mitglieder von Oberbayern gebeten, ihre Anschrift bekanntzugeben an: M. Zint, München 9, Giesingerberg 6/0.

CSJ. Am 1. Mai, abends 8 Uhr, Gasth. „Wurzshütte“, Humboldtstraße 6, proletarischer Kampfabend.

Kreisverband Unterfranken.

Würzburg. Das Auto nach Hesselthal zum Besuche der Wirtschaftskaplan Herolds, fährt Sonntag früh punkt 1/2 7 Uhr am Marktplatz ab. Um pünktliches Ercheinen wird ersucht. Gelegenheit zum Besuche des Gottesdienstes ist unentgeltlich geboten. Das Auto faßt 60 Personen und ist noch fahrtbereit da.

Hesselthal-Neudorf. Anlässlich des Besuches der Würzburger Freunde am Sonntag, den 3. Mai, spricht nachm. 5 Uhr, Gastwirtschaft Hock, in öffentlicher Versammlung der Landesvorsitzende für Bayern, Freund Mich. Reichwein, Würzburg, über das Thema „Christentum oder Kulturbolschewismus“. Freunde aus Hesselthal und dem gesamten Spessart, kommt zahlreich und bringt Freunde mit.

Hesselthal/Spessart. Wohl selten hat Hesselthal ein solche gewaltige Zahl von Menschen in seinem Dörflein gesehen wie anlässlich der Konferenz des Spessart am Sonntag, den 19. April. Die Räumlichkeiten des Gasthauses Hock erwiesen sich schon vor dem Beginn zu klein, auch die Wirtschaft Christ konnte kaum die Menschen fassen, die gekommen waren. Freund Heller referierte über ein Thema, das die größte Aktivität unserer Partei hervorgerufen wird. An 500 Freunde nahmen an der Konferenz teil und zeigte gerade diese Konferenz wieder, daß der Spessart unsere Hochburg in Franken ist.

Landesverband Rheinland

Pfingst-Sammlung für das Samariter-Werk Volkershausen. Bis Pfingstsonntag und nach Volkershausen abgeliefert worden: Ortsgruppe Köln-Mülheim: Aib. F. 2,40; Peter H. 1,60; Fritz H. 1,40; Lambert H. 1,--; Helene H. 1,--; Aug. Sch. 2,--; Franz G. 1,--; Willi N. --30; Bernhard D. --30; Peter Sch. --20; zusammen

11,60 RM. Heinrich Th. Aachen 1,--; Werner B. Engels 1,--; Peter F., Trier 1,50; Peter N., St. Sebastian 2,--; Franz L., Düsseldorf-Reibolt 1,--; Johann S., Köln-Deutz 1,60; Wilhelm F., Offemansheide 1,--; insgesamt 20,70 RM. Herzlichen Dank allen Spendern! Sammelt weiter und überweist die Beträge auf das Postcheckkonto 44704, Amt Köln, Peter Heinrich Pappertz, Köln-Mülheim. Es geht für die Armee der Armen! Da wird wohl keiner zurückstehen! Es ist unser Aller-Pflicht, nach Köln zu helfen, daß es immer mehr vorwärtsgelie mit unseren Werken der Barmherzigkeit und Liebe in Volkershausen, Hesselthal und Orsalina. Die geringste Gabe ist willkommen!

Kreisverband Aachen.

Am Sonntag, den 19. April fand eine Kreisverbandstagung für den Bezirk Aachen statt, bei welcher die Stellungnahme der Parteivertreter in den Kommunalparlamenten ausgiebig erörtert und die Richtung derselben festgelegt wurde. Die bisherige Ansicht und infolgedessen auch die Tätigkeit unserer Kommunalvertreter ging von dem Gedanken aus, daß sie nur solche Anträge stellen könnten und dürften, die den heutigen gesetzlichen Bestimmungen entsprechen und zur Zulassung von Anträgen, die erhöhte Ausgaben oder verminderte Einnahmen verursachten, auch gleichzeitig die dazu nötigen Deckungsmittel vorzuschlagen hätten. Diese Ansicht wurde damit begründet, daß in der Vergangenheit die Stellung von derartigen Anträgen, die namentlich von Kommunisten ausgingen, — z. B. Herabsetzung hoher Gehälter — von der bezgl. Verwaltung als unzulässig, wenn nicht gar als lächerlich bezeichnet wurden, weil dieselben sich gegen die gesetzlich festgelegte Gehaltshöhe oder gegen die wohlverworbenen Rechte der Beamten richteten.

Dieser Auffassung der Kommunalvertreter trat der Kreisverband einstimmig und mit Entschiedenheit entgegen. Man verwies auf das tragische Beispiel der SPD., die die Marx'schen Prinzipien vom Kampf gegen den Klassenstaat und für eine klassenlose Gesellschaft vollständig preisgegeben habe und nur eine Verbesserung, nicht aber die Abschaffung der heutigen Wirtschaftsform versuche. Die Folge dieser revisionistischen Taktik ist, daß aus einer früher revolutionären Partei die eine rasche Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft in eine sozialistische erstrebte, eine Partei geworden ist, die sich mit der Reformierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung befasse und durch diesen Verrat die Ausbeutungsmöglichkeit des gegenwärtigen Systems unersützt und dadurch die Beendigung der Massenverelendung verzögert. Dieser abschreckende Vorgang, den wir seit Jahren bei der SPD. beobachten, sei für unsere Vertreter in den Kommunal-Parlamenten eine nicht genug zu beherzigende Warnung, untererzeln nicht in denselben Fehler zu verfallen. An Hand der Entsaufstellungen müsse jede Position daraufhin sorgfältig und gewissenhaft geprüft werden, ob dieselbe mit den Grundprinzipien unseres Programms vereinbar sei. Ist letzteres nicht der Fall, dann ist ein Gegenantrag zu stellen, auch dann, wenn derselbe gegen irgendein Gesetz verstößt, oder Mittel zur Deckung eines Mehrbetrages in dem kapitalistisch aufgestellten Etat nicht vorhanden sind. Ein Beispiel: Im Kreisrat sind die Kosten für die Gestellung eines Autos für den Landrat aufgeführt; sie betragen in einem Jahre, soviel bekannt ist, viele tausend Mark. Antrag: Das Auto ist

Herren-Stoffe

einkaufen ist Vertrauenssache!

Deshalb zu Breiting & Zwanziger

Spezialtuchhaus am Eldhornplatz

Nachmittag: Gemeinsame Aussprache.
 Abends: Frohes Zusammensein (gemeinsames Singen, Gruppen-
 tanz, Spiele, Lagerfeuer.)
 Künftig: findet ein Ausflug aller Teilnehmer in die Um-
 gebung von Lütlich statt.
 Dieses internationale Jugendtreffen soll in erster Linie dem ge-
 seitsigen Sichkennlernen und frohen Zusammensein dienen.
 Auf zum internationalen Treffen nach Lütlich!
 Nähere Auskunft erteilt die Ortsgruppe der Jungsozialisten Aa-
 chen. Anschrift: Egon Formanns, Aachen, Krämerstr. 14.

Bücherbesprechungen.

Menschenwerden, Lebensaufartung, sittlich, wie körperlich, das ist der
 Weckruf der neuen Generation. Eine stille Revolution des alten,
 wertlosen Lebens hat begonnen und über... ringen sich Vernunft
 und sittlich-gemäßes Lebensprinzip durch. Man braucht kein Pan-
 akter zu sein, um anzuerkennen, daß in den Bestrebungen zu neuer
 Lebensweise, weg vom Angeschwemmten, Fetthäutigem, zum ge-
 wunden Menschentum mehr liegt, als nur eine Ernährungsform. Diese
 Ernährungsform ist zugleich sittliche Ascese mit ungeheurer sit-
 tlicher Kraftauswirkung. Das Buch ist ein Kochbuch, das diesem
 Ziele dienen will. In der Küche hat eine solche Revolution zu be-
 ginnen. Sage mir was Du isst, und ich sage Dir wie Du bist. Das
 Kochbuch bringt der Hausfrau eine Fülle von Rezepten, wie Speisen
 für jeden Tag vitaminreich, angesalzen, nach der Lehre der neuen
 Ernährungstherapie hergestellt werden können und stellt sich deshalb
 in die Front jener Bücher, die wir als die Bücher der neuen Mensch-
 heit bezeichnen können.
 V. H.

Die Straße ohne Sonne. Von N. Tokunaga. Internationaler Ar-
 beiter-Verlag Berlin.
 Leben und Kampf der Proletariat, das ist nicht nur eine deutsche
 Angelegenheit, das ist das Schicksal und die Zukunft der Völker
 der ganzen Erde.
 Druckerei-Aktionsgesellschaften Tokios. Ein Streikroman also. Aber
 was für einer, Bücher wie dieses wünschte man in die Hand eines
 jeden deutschen Proleten. Oberhaupt die Bücher „Der Internatio-
 nale Roman“ sollten das Rüstzeug bilden für den Kampf des wer-
 tigen Menschen. Denn hier ist nicht nur schon eine neue Kunst,
 die Kunst des Proletariats im Werden, sondern hier fallen auch
 alle Grenzen. Gleiches Leben, gleiches Schicksal, gleicher Kampf
 und gleiches Los des Proletariats auf der ganzen Erde. Wer diesen
 „Roman“ liest, der weiß was Streik bedeutet, der weiß aber auch
 wie ein Streik geführt werden muß, um vielleicht siegreich zu sein.
 Da wird der heroische Kampf von 2000 Arbeitern bis zum Zu-
 sammenbrechen erzählt. Einfach und groß ist die Handlung.

Hinüberwoben das Schicksal einiger Proletariat. Im Leben und
 Sterben der kleinen japanischen Druckereien Okayo spricht das
 Frauendasein des Proletariats ungeheuerlich erschütternd. Die
 Straße ohne Sonne, das ist ein Proletenviertel in Japan. Aber die
 Straße ohne Sonne gibt es Tausende auf dieser Erde und alle ha-
 ben gleichermaßen keine Sonne, aber den Hunger und die Seh-
 sucht danach. Und wie sie kämpfen müssen und wie sie leben
 diese Menschen der Straße ohne Sonne, diese Mehrheit der Völker
 der Erde, daß sagt dieses Buch. Jedem deutschen Streikführer
 müßte zur Pflicht gemacht werden, neben seinen gewerkschaftlichen
 Kenntnissen und Aufgaben sich die Lehren dieses Streikromans
 zu eigen zu machen. Denn der Kampf gegen Unternehmer, Be-
 hördie, gegen die gesamte Reaktion mit allen ihren Zusammenhän-
 gen kann, physiologisch und auch praktisch nicht besser gezei-
 gert werden wie hier. Ja man muß sogar befürchten, daß mancher
 Industriearbeiter daraus lernt, wie er es anzufangen hat, die Felle
 der Ausbeutung zu schwingen und die Angriffe der arbeitenden
 Klassen abzuwehren. Diese Bücher sind Material im Kampfe um
 die einzige, die sozialistische Zukunft. Geheuchelt es, wendet es gut
 und sicher an.

Geschäftliches.

An unsere Leser! Wir weisen darauf hin, daß die Gesellschaft
 für Patentverwertung F. Erdmann & Co., Berlin SW. 11, allen Le-
 sern unseres Blattes in Patent-, Gebrauchsmuster-, Warenzeichen-
 und Verwertungs-Angelegenheiten Rat und Auskunft kostenlos er-
 teilt.



Bildung mehrt er,
 Zweifel klärt er:
 der Kleine Herber.

Der Kleine Herber ist ein Lexikon in einem Bande; das vollkom-
 menste und brauchbarste. Über 50000 Artikel, 4000 Bilder und
 Karten. Gründlich. Praktisch. Handlich. Jedermann verständlich.
 30 Mark. Teilzahlungen. Prospekt umsonst in allen Buchhandlungen
 oder vom Herber Verlag in Freiburg im Breisgau.

Wachen erheitert:
Der neue Remarque
„Der Weg zurück“

1. bis 160. Tausend

Nach dem Roman des Arztes „Im Westen nichts Neues“
 Remarque“ schreibt Remarque diesen Roman der Heimatfront.
 Es ist der Weg der Frontsoldaten in die Heimat, in den
 Alltag, in eine fremdgemachte Welt. Vertraute Namen
 des ersten Buches tauchen auf und gewinnen im neuen
 Roman wieder Gestalt. In einer deutschen Dörferstadt
 sammelt sich eine Gruppe junger Menschen, die der Krieg
 unanverändert hat. Selbstlos, wie Remarque allgemeinmäßig
 festlegt, was jeder einzelne für sich allein erlernt zu haben
 glaubt. Es wollte nur einer kommen, dem es gegeben ist,
 anzusprechen, in schlichtem Wort zu sagen, was alle ge-
 fühlt, was alle gelitten haben. — Das Buch ist für
 5 M (heftig) und 7 M 50 (Klein) zu haben bei:

Verlag „DAS NEUE VOLK“, Würzburg.

Linoleum
 in großer Auswahl
 zu unseren bekannt niedrigen Preisen

Druck-Linoleum
 moderne Muster, 200 cm breit . . . 3 70

Druck-Linoleum
 Partieware, 200 cm breit . . . 3 00

Druck-Linoleum Läufer
 Breite 60 67 90 110 133 cm
 Meter M 2.40 2.65 3.55 4.40 5.30
 mit kleinen Schönheitsfehlern

Linoleum-Resie
 Druck, Granit, Jaspé und Inlaid, auch Läufer-
 Resie in allen Qualitäten
 außergewöhnlich billig!

Wilhelm Zapf
 Würzburg

1000 Worte

Englisch I
 Englisch II
 Spanisch
 Italienisch
 Französisch I
 und die neue
 Kassette
 Französisch II

Die leichte, lustige Lehrmethode, nach der
 moderne Menschen Sprachen lernen! Jede
 Kassette der 1000 Worte für 5 Mark zu
 haben bei:

Verlag „DAS NEUE VOLK“,
 Würzburg.

Unterzeichnete Firmen erlauben sich hiermit, der verehrten Einwohnerschaft
 Würzburgs und Umgebung sowie den tilf. Brauereien, Metzgereien, Kondi-
 torien etc. bekannt zu geben, daß die

Preise für Kunsteis wie bisher geblieben sind:

1 Stange Kunsteis (ca. 28 Pfd.) kostet 35 Pfg. ab Werk
 1 Stange Kunsteis (ca. 28 Pfd.) kostet 50 Pfg. frei Haus
 1/2 Stange Kunsteis (ca. 18 Pfd.) kostet 30 Pfg. frei Haus

Für Engros-Abnehmer, Geschäfte etc. kostet die Stange Kunst-
 eis 40 Pfg. frei Haus, jedoch nur bei Bezug von Blockbüchern
 oder durch Bestellung von Brauereien.

Kunsteis- und Kühlwerke Kunsteisfabrik
Adolf Stern Gebr. Bauer
 Schweinfurterstr. 56. Tel. 2718 Zellerstr. 41. Telephon 6025

Unübertreffbares Angebot!
 Ein Posten Herrenstoffe
 reines Kammgarn, 150 cm breit, per Meter
Mk. 6.75

Serner ein großer Posten Fabrikkette, allererster
 Fabrikat, mit den neuesten Designs in Anzugstoffen zu
 Dreifeln, welche Sie freuen.

Hierfür Auswahl in Damenkleider, Kostüm-
 und Mantelstoffen zu meinen bekannt billigen Preisen
 bei nur guten Qualitäten.

Leop. Grünbaum
 Damen-Spezial-Euchelgeschäft
 Domstr. 6/L. Cafe Hofmann, Diercksbrunnen

Koks!
 Unsere Sommerpreise:

Nrobkoks ab Werk M. 1.80 frei Keller M. 2.10
 Gußkoks „ „ M. 1.— „ „ M. 1.30
 Perikoks „ „ M. 0.70 „ „ M. 1.—

Heizwert 6870 Kalorien.

Baustein-Werk
 G. m. b. H.
 Würzburg 7 Telefon 5487

Auch Sie sind krank!

Mein natürlicher Knoblauchsaft schützt und heilt
 Sie bei: Arterienverkalkung, Herzbeschwerden,
 Zucker, Rheuma, Gicht, Asthma, Magen-, Darm-,
 Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden
 Wärmern. Bewahrt Sie vor vorzeitigem Altern. Darf
 in keiner Familie fehlen! Gebrauchsanweisung
 liegt bei. 1 Flasche RM. 2.50, 3 Flaschen RM. 8.—
 6 Flaschen RM. 11.— Nachnahme frei ins Haus.

FRITZ FONDY, STUTTGART,
 Silberburgstr. 156 C. Postcheckk. Stuttgart 11006

Erfinder — Vorwärtsstrebende
10000 Mark Belohnung
 Näheres kostenlos durch
P. Erdmann & Co., Berlin SW. 11.

Kinderwagen
 Klappwagen
 reichste Auswahl.
 Reparaturen
 aller Art rasch und fach-
 männlich.
M. Klügeln
 Dreikronenstraße 15
 (Hainstraße)
 Telefon 73300.

Marmeladen und Gelees
 Der billige und nahrhafte
 Brotaufstrich

Erstklassige Qualitäten	lose Pfund	2 Pfd. Eimer	5 Pfd. Eimer
Vierfrucht-Marmelade	—38	—78	1.90
Zwetschgen-Marmel.	—48	—95	2.30
Hilfenmark rein	—60	1.20	2.95
Apfel-Gelee Ia	—48	—95	2.40
Preisselbeeren Ia	—48	—98	2.40
Johannisbeer-Gelee rein	1 Pfd. Eimer	—65	
Aprikosen-Konfitüre rein	1 Pfd. Eimer	—65	
Erdbeer-Konfitüre rein	1 Pfd. Eimer	—75	
Bienen-Honig gar. rein	Bestehende Qualität		
1/2 Pfd. Glas	—40	1/2 Pfd. Glas	—75
		1 Pfd. Glas	1.30

Neue Ägypt. Zwiebeln Pfund 15.-
Matjesheringe
 fein und zart Stück 15.-

5% Rückvergütung

Kunsch & Co
 Filialen in Würzburg und auswärts

Freunde, unterstützt unsere Freunde durch Kauf bei unseren Freunden!

Selbstgefertigte Handdrehwagen von der
 mechanischen Stellmacherei

Joh. Günter, Engers / Rhein,
 besorgt Parteilosend I. Adolfgang, Engers, Bon-
 dorferstraße 25A

Leitlänge 100 cm, Radhöhe 21/2" RM. 24.—
 „ 112 cm, „ 21/2" RM. 28.—
 „ 136 cm, „ 21/2" RM. 32.—

Auch auf Katalogbestellungen, bei Angabe von Referenzen
 Man verlange Prospekt.

lechia-, Gicht- und Rheumatismus-Kranken

solle ich ganz genau 15 Pf
 Rezepten anbei kosten-
 frei mit, wie ich von 5 Jah-
 ren vor meinem schweren
 Leiden - s. Rheumatismus -
 ganz besser Zeit habe! wurde.

J. Stilling, Kautschukfabrik
 Frankfurt / Oder, 287
 Jägerstr. 5

Schreibmaschinen
 neu und gebraucht
 speziell:
Adler und Continental
 Weckursten von 5 Mk. ab
Christian Schmitt
 Würzburg
 Kaiserstraße 12.

Wäschmangel
 bei kleiner Kapitalanlage
 beste Rinde, Verzin-
 gung und Lokomotiv-
 und Lokomotiv-
 Umhüllen - Schutzvor-
 richtungen - Ölwanne-
 Kette, Linsen gratis.
 Deutschlands bester
 Hersteller
Ernst Hoyer
 Siegen / Obdillig. (208)

lassen Sie Ihren Gewinn!